Zum Programmentwurf: Klassenanalyse Seite 8

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 49 vom 3. Dezember 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Tarifrunde 76/77:

Nieder mit den Lohnraubplänen!

In wichtigen Bereichen der Industrie (Metall, Stahl) und im öffentlichen Dienst haben die Tarifverhandlungen über Löhne und Gehälter bereits begonnen bzw. werden in den nächsten Wochen beginnen. Für die Arbeiter und kleinen Angestellten heißt das: sie müssen wachsam sein und sich nicht nur gegen die Kapitalisten selbst, sondern auch gegen deren Agenten im Gewand des „Arbeitervertreters" zusammenschließen. Nur so ist zu verhindern, daß, wie im letzten Jahr, Tarifabschlüsse durchgepeitscht werden, die praktisch Abbau des Reallohns bedeuten. Die Kapitalisten wollen, von unersättlicher Profitgier getrieben, die Ausbeutung noch mehr verschärfen und den Lebensstandard der Arbeiter und kleinen Angestellten rücksichtslos weiter herabdrücken.

Im Stahlbereich, wo die Verhandlungen ja bereits laufen, haben die Kapitalisten mit ihrem 5%-Angebot eine unverschämte Provokation gegen die Stahlwerker losgelassen. Unverschämt war auch schon ihre ganze Verhandlungsführung, denn bei den ersten beiden Verhandlungsrunden hatten sie sich sogar geweigert, überhaupt ein Angebot zu machen.

Aber hat die IGM irgend etwas unternommen, damit den Kapitalistenvertretern eine gebührende Antwort erteilt wird? Hat sie z. B. Kampfmaßnahmen eingeleitet? Natürlich nicht. Es wäre auch illusionär, von Loderer, Mayr und Konsorten etwas derartiges zu erwarten. Sie haben doch mit ihrer 8,5%-Forderung selbst die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten mit Füßen getreten und haben es mit dieser Forderung den Unternehmern leicht gemacht, so unverfroren aufzutreten. Der Gewerkschaftsapparat verfolgt kein anderes Ziel als das, einem Lohnraubabschluß den Weg zu bereiten und die Kollegen vom Kampf abzuhalten.

Die Herren Kapitalisten und ihre Komplizen vom Gewerkschaftsapparat fühlen sich zur Zeit ihrer Sache relativ sicher. Sie wissen, daß auf den Werktätigen die Arbeitslosigkeit wie ein Druck lastet, daß viele Angst davor haben, ihre Arbeitsplätze zu verlieren und in das große Arbeitslosenheer eingegliedert zu werden. Diese Angst betrachten die Kapitalisten zynisch als Trumpfkarte in ihren Händen, mit der sie die Ausbeutung und Unterdrückung brutal verschärfen können.

Seit Wochen trommelt die ganze mächtige bürgerliche Propagandamaschine von der Notwendigkeit, daß die Arbeiter und kleinen Angestellten Lohnverzicht leisten müßten, ansonsten würden sie ihre Arbeitsplätze gefährden. Ob Politiker, Journalisten, Wirtschaftsfachleute oder Kapitalisten – alle singen sie in Fernsehen, Hörfunk und in den Spalten der Tagespresse dieses Liedchen. Einige besonders berüchtigte Vertreter des Monopolkapitals, wie z. B. Otto Wolff von Amerongen oder Bundesbankpräsident Klasen, forderten sogar offen, daß die Tarifabschlüsse für das kommende Jahr noch niedriger liegen müßten als 1976. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat in ihrem Haushaltsentwurf für das kommende Jahr bereits ein Ansteigen der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst von nur 5% unterstellt. Das zeigt: ein brutaler Lohnraub bei den diesjährigen Tarifverhandlungen ist von der Regierung wie von den Kapitalisten längst vorprogrammiert. Und der DGB-Apparat ist eifrig dabei, den Weg dafür zu ebnen. Mit seinen taktischen Manövern und seiner mit einigen wortradikalen Sprüchen schlecht getarnten Unterstützung der Lohnverzichtspropaganda hofft er, den Widerstand der Arbeiter und kleinen Angestellten sabotieren zu können.

Eines dieser Manöver der DGB-Bonzen ist die Bündelung verschiedenartiger Schwerpunktforderungen zu einem „Verhandlungspaket" (außer der Lohn- und Gehaltsforderung: Forderung nach Erhöhung der „Sparförderung", der betrieblichen Sonderleistungen, der stahltypischen Zuschläge, zwei Tage mehr Urlaub usw.). Damit wollen sie durch Ausspielen der verschiedenen Forderungen gegeneinander die Kollegen betrügen und ihren Widerstand gegen den Lohnraub unterlaufen. Im Bereich der Metallverarbeitung haben sie vor kurzem, d. h. noch vor Beginn der Verhandlungen über die Löhne und Gehälter, einen Tarifvertrag über die stufenweise Erhöhung der „Sparförderung" (624-Mark-Gesetz) und der betrieblichen Sonderzahlungen („13. Monatsgehalt") abgeschlossen. Dieser Abschluß ist ein jämmerliches Almosen. Für einen durchschnittlich verdienenden Arbeiter springen dabei im nächsten Jahr höchstens 25 Mark



Frühjahr 1976: Trotz der Streikbruchtaktik des Gewerkschaftsapparates bewies der Druckerstreik die Kampfkraft der Arbeiterklasse. Bild: Polizeieinsatz gegen Streikposten vor dem Münchner Zeitungshaus.

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

Interview mit Genossin Ulla Woitalla

Am 13. November ist der kommunistische Werftarbeiter und Rote Betriebsrat von HDW, Genosse Bernd Woitalla, bei den Kämpfen gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf von der Polizei lebensgefährlich verletzt worden. Ein Polizist hatte ihm gezielt und mit voller Wucht einen schweren, scharfkantigen Ziegelstein an den Kopf geschleudert. Die Folgen von Bernds Verletzung sind noch nicht abzusehen. Wir sprachen mit Bernds Frau.


Genossin Ulla Woitalla und ihr Sohn Alexander

RM: Genossin Ulla, wann hast Du zum ersten Mal von der Verletzung Bernds in Brokdorf gehört?

Ulla: Während des Kampfes gegen den Kernkraftwerksbau und gegen den Terroreinsatz der Polizei hörte ich von einer Genossin, daß Bernd verletzt worden sei. Gesehen habe ich Bernd dann einen Tag später im Krankenhaus in Wilster wieder. Und da habe ich dann erst einen ziemlichen Schock bekommen. Bernd hatte starke Kopfschmerzen. Er erkannte mich zwar und hielt meine Hand – sprach aber ganz wenig und reagierte kaum – er dämmerte so dahin.

RM: Er war ja auch sehr schwer verletzt ...

Ulla: In Wilster hörte ich zum ersten Mal, daß es sich um eine Hirnverletzung handelt. Als ich dann am Montag, den 15. 11., hörte, daß Bernd per Hubschrauber nach Kiel gebracht würde, bekam ich natürlich erstmal einen Schrecken, weil es vorher geheißen hatte, Bernd sei nicht transportfähig. Sein Zustand mußte sich also verschlechtert haben. Alle Genossen haben sich unheimlich um mich gekümmert. Ich war nie allein mit irgendwelchen Grübeleien, auch nachts bin ich mit meinem kleinen Sohn Alexander zur Zeit bei Genossen. Vor der Operation selber hatte ich keine Angst, weil einer der Neurochirurgen uns anhand der Röntgenbilder erklärte, was vorlag und gemacht werden sollte. Alle im Krankenhaus wissen, daß Bernd in Brokdorf durch einen Steinwurf der Polizei verletzt worden ist – auch durch die anderen Kieler Kliniken ging es wie ein Lauffeuer. Eine Krankenschwester kam z. B. gleich am nächsten Tag in den Buchladen der Partei und berichtete, daß alle auf der Intensivstation empört sind und daß ich unbedingt Strafanzeige stellen müsse. Auf einer Stationsbesprechung wurde von Ärzten erklärt, daß der

Fortsetzung auf S. 12, Spalte 3

Interview mit einem Arztgenossen

RM: Genosse, du warst im Krankenhaus von Wilster, als Bernd Woitalla dort lag. Du hast mit den Ärzten und Schwestern und den freiwilligen Rot-Kreuz-Helfern gesprochen. Was hast du dort erfahren?

Obwohl Chemical-mace, Tränengas, Nato-Draht, Rauchbomben, Gummiknüppel und Schäferhunde für den Einsatz vorgesehen waren, wurde kein Krankenhaus in der Nähe vorbereitet und informiert. Als es dann zur Schlacht kam, wurden Krankenwagen offen behindert, sie durften nicht durch die Sperren, sondern mußten mit Schädel- und Wirbelsäulenverletzungen Umwege über holprige Feldwege fahren. Auch der Krankenwagen mit dem Genosse Bernd Woitalla wurde nicht durchgelassen, obwohl der Genosse schon im Schock war. Ein anderer KKW-Gegner, der Chemical-mace in die Lunge bekommen hatte, lag beim Bauernhof von Reimers und konnte lange nicht abtransportiert werden, weil der Krankenwagen nicht durchkam. Die Polizei hatte das Gebiet zum Notstandsgebiet erklärt – egal mit welchen Folgen für Leben und Gesundheit Tausender. Der DRK-Fahrer unseres Wagens war unwahrscheinlich wütend. Er sagte immer wieder: „Das gibt es doch nicht! Das darf doch nicht wahr sein!" Die Ärzte, Schwestern, Helfer setzten sich sehr bewußt für die Verletzten ein. Der Chefarzt des Wilster-Krankenhauses hatte z.B. von der Polizei gefordert, daß alle eindeutig gekennzeichneten DRK-Wagen die Sperren zügig passieren können und gleichzeitig den Funkbereich nahe dem Polizeifunk benützen können – beides wurde ri-

Fortsetzung auf S. 12, Spalte 4

AUS DEM INHALT

Grußadresse des ZK der KPD/ML zum 32. Jahrestag der Befreiung Albaniens . . . 2
Chauvinistische Kampagne für Aufrüstung in den USA . . . 2
FDGB – vollständiger Verrat an den Interessen der Arbeiter . . . 3
Korrespondenzen aus der DDR . . . 3
Antikommunist Biermann – Propagandist für Berlinguer und Co. . . . 3
Klöckner Bremen: Genosse wiedereingestellt . . . 5
DGB-Manager Hesselbach – ein enger Freund der israelischen Zionisten . . . 5
Das Elend der kleinen Bauern nimmt ständig zu . . . 6
Nach zweieinhalb Jahren Kampf – Berufsverbot gegen Renate Groos aufgehoben . . . 7
Interview mit der KP der Philippinen: „Im Meer des Volkskrieges wird die Marcos-Clique ertrinken!" . . . 10

Grussadresse
des ZKder KPD/ML zum
32. Jahrestag der Befreiung Albaniens

An Genossen Enver Hoxha,
1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens;
An Genossen Mehmet Shehu,
Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Albanien

Anläßlich des 32. Jahrestages des Sieges des albanischen Volkes im Nationalen Befreiungskrieg und der Errichtung der Volksmacht übermitteln wir Ihnen, der ruhmreichen Partei der Arbeit und dem gesamten albanischen Volk unsere herzlichsten, brüderlichen Kampfesgrüße.

Seit 32 Jahren entwickelt und festigt sich in Albanien die Diktatur des Proletariats, und weder die erbitterte imperialistisch-revisionistische Blockade der äußeren Feinde noch die Handvoll Verräter innerhalb der eigenen Reihen konnten den Siegeszug des Sozialismus in der Volksrepublik Albanien aufhalten. In stählerner Einheit mit seiner Partei und dem Genossen Enver Hoxha trotzte das albanische Volk mutig allen Angriffen der Imperialisten und Revisionisten. Alle Feinde des Volkes und der Partei im Inneren wurden aufgrund der hohen revolutionären Wachsamkeit von Partei und Volk, sobald sie auftauchten, ertappt, entlarvt und hinweggefegt.

All dies und die glänzenden Erfolge beim sozialistischen Aufbau in Albanien sind Siege, die das tapfere albanische Brudervolk unter der korrekten, prinzipienfesten marxistisch-leninistischen Führung der Partei der Arbeit Albaniens errang. Die Partei der Arbeit Albaniens, an deren Spitze seit ihrer Gründung Genosse Enver Hoxha steht, ist der Organisator und Führer aller dieser Siege.

In der begeisternden, kämpferischen Atmosphäre des Voranstürmens auf dem Wege der sozialistischen Revolution, die der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens geschaffen hat, wird das albanische Volk weitere große Siege beim Aufbau des Sozialismus und der Festigung der proletarischen Diktatur erringen.

Wir deutschen Kommunisten und das klassenbewußte deutsche Proletariat sind sich der Tatsache bewußt: „Von Albanien lernen heißt siegen lernen! Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus, wird uns weiter, und noch stärker als bisher, als Vorbild beim Kampf gegen den Imperialismus, den Revisionismus und alle Reaktionäre dienen, durch das wir unser hohes Kampfziel, ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, erreichen werden.

Es lebe die Volksrepublik Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus!

Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Zentralkomitee der KPD/ML
gez. Ernst Aust



Partisanen während der Parade zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens. Sie sind am 29. 11. 1944 auf dem gleichen Boulevard in die befreite Hauptstadt eingezogen.

Schlesinger gründet Propagandakomitee

Chauvinistische Kampagne für Aufrüstung in den USA

Mitte November gründeten in den USA ehemalige Regierungsvertreter und Nato-Strategen ein Komitee, mit dem sie eine breite Kampagne in der amerikanischen Öffentlichkeit verbreiten wollen. Mit lautem Geschrei, die USA vor einem sowjetischen Angriff schützen zu wollen, fordern sie eine noch intensivere Aufrüstung der amerikanischen Kriegsmaschinerie und eine stärkere Belebung der Bündnisse, die der USA-Imperialismus in allen Teilen der Welt errichtet hat. Ziel dieser Kampagne in den USA ist es, wilden Chauvinismus zu verbreiten und mit der Drohung vor einem Weltkrieg die Werktätigen auf die Seite der amerikanischen Reaktion zu ziehen

„Komitee gegen die drohende Gefahr" haben sie ihren Verein genannt. Doch was wie der Name einer harmlosen Sekte klingt, verbirgt in Wirklichkeit ein Sammelsurium von reaktionärsten Spitzenpolitikern des amerikanischen Monopolkapitals. Es sind Völkermörder wie David Pakkard, Gordon Gray, Dean Rusk, John Conally und Andrew Goodpaster, die sich hier zusammengeschlossen haben. Die Gründung des Komitees erfolgte auf direkte Anregung des ehemaligen amerikanischen Kriegsministers Schlesinger.

Es entbehrt wirklich nicht einer gewissen Komik, wenn solche altgedienten Vertreter dieser aggressiven Supermacht sich plötzlich in einen Schafspelz hüllen wollen und sich als Vertreter einer unschuldigen und harmlosen Macht aufspielen wollen, die den Frieden gegenüber dem bösen Kriegstreiber in Moskau verteidigen will.

Der russische Sozialimperialismus ist eine aggressive Supermacht. Daran gibt es keinen Zweifel. Was aber dieses „Komitee gegen die drohende Gefahr" vergessen machen will, ist, daß der US-Imperialismus sich darin um keinen Deut vom russischen Sozialimperialismus unterscheidet, daß sich in diesem Punkt die Breschnew und Gromyko und Ford und Carter gleichen wie ein Ei dem anderen. Wenn dieses Komitee daher dazu aufruft, von der amerikanischen Regierung eine allseitige, noch intensivere Aufrüstung des US-Kriegsapparats zu fordern, so dient das keineswegs der Sicherung des Friedens gegenüber den russischen Sozialimperialisten, sondern allein dem Ziel, das Ringen mit dem russischen Sozialimperialismus um Weltherrschaft zugunsten des US-Imperialismus zu entscheiden. Und genau dafür will dieses Komitee mit seinem chauvinistischen Geschrei von der „Gefahr für das Überleben der Nation" die amerikanischen Werktätigen einspannen: sie sollen erneut für die blutige Weltherrschaft des US-Imperialismus auf die Schlachtfelder des imperialistischen Krieges ziehen.

Das Komitee will jedoch nicht nur eine noch wildere Aufrüstung der Militärmaschinerie des US-Imperialismus, sondern es tritt auch dafür ein, daß die amerikanische Supermacht in ihrem aggressiven Nato-Bündnis für mehr „Solidarität" sorgt. Was das für die Nato und in diesem Rahmen für Westdeutschland bedeutet, haben die US-Imperialisten bereits im letzten Jahr gezeigt: Zum einen die westdeutschen Imperialisten zur Verstärkung ihres Militarismus zu ermutigen und zum anderen die US-Besatzertruppen in Westdeutschland aufzurüsten und zu verstärken, um somit Westdeutschland, aber auch ganz Westeuropa, wie es in den Nato-Richtlinien heißt, zur „vordersten Verteidigungslinie" des US-Imperialismus zu machen.

Für die westdeutschen Werktätigen heißt dies, daß sie ihren Kampf gegen die westdeutschen Imperialisten und ihre Militarisierung, aber auch gegen den US-Imperialismus und seine Besatzertruppen verstärken müssen. Denn der drohende imperialistische Krieg zwischen den beiden Supermächten und ihren beiden Blöcken läßt sich nicht dadurch verhindern, daß man den einen oder anderen Imperialismus unterstützt, weil er schwächer zu sein scheint als der andere. Vielmehr muß der Kampf gegen diese beiden Hauptkriegstreiber geführt werden. Und der beste Beitrag im Kampf gegen die Kriegsgefahr ist der Sturz des Imperialismus im eigenen Land, die proletarische Revolution; denn sie ist der einzige Weg, um schließlich den Imperialismus überhaupt und damit auch jeglichen imperialistischen Krieg aus der Welt zu schaffen.

Für all jene aber, die sich Marxisten-Leninisten nennen, in Wahrheit aber eine opportunistische und revisionistische Linie verfolgen, wie die Gruppe Rote Fahne, die für die Stärkung der Nato, für die Anwesenheit der amerikanischen Besatzertruppen in unserem Land eintreten, ist das Komitee der Völkermörder vom Schlage Goodpasters, Rusks und Schlesingers ein guter Spiegel: Er zeigt, daß ihre opportunistische Politik in Wahrheit die aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des US-Imperialismus stützt.

Kurz berichtet

MINDEN

Am 18. 11. fand in Minden die Gründungsveranstaltung der ROTEN GARDE statt. 18 Freunde und Genossen kamen zur Veranstaltung. Es wurden zwei Referate gehalten und der Film „Rote Raketen" gezeigt. Anschließend diskutierten die Anwesenden über Ziele und Aufgaben der ROTEN GARDE. Zwischendurch wurden revolutionäre Lieder gesungen. Eine Spendensammlung für die Sektion DDR der KPD/ML ergab 83 DM.

BREMEN

Im November veranstaltete eine Zelle der KPD/ML Bremen einen Stammtisch zur Grundsatzerklärung der KPD/ML. Nach einem kurzen Eingangsreferat entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in der auch die opportunistische Linie, mit der zwei ebenfalls anwesende Vertreter des KBW die Partei angriffen, vollständig entlarvt wurde. Die Partei hat durch diesen Stammtisch mehrere feste Kontakte gewonnen.

NÜRNBERG

Am 13. 11. fand in Nürnberg eine Feier zum 35. Gründungstag der Partei der Arbeit Albaniens und zu ihrem 7. Parteitag statt. Über 50 Freunde und Genossen waren gekommen, darunter einige albanische Arbeiter aus Kossowo und eine Reihe Kollegen, die das erste Mal eine Parteiveranstaltung besuchten. Im Vorraum des Veranstaltungsraumes war eine Ausstellung von Fotos und Plakaten aus Albanien aufgebaut. Eine Versteigerung und eine Spendensammlung erbrachten zusammen 185 DM für die Partei.

WESTBERLIN

Am 10. 11. fand in Westberlin-Nord eine Diskussionsveranstaltung zum 7. Parteitag der PAA statt. Auf der Veranstaltung wurde lebhaft über die Bedeutung der Diktatur des Proletariats diskutiert. Über 400 DM wurden zur Unterstützung der Partei gespendet.

REUTLINGEN

Am 12. 11. verhinderten Genossen unserer Partei zusammen mit Genossen der GRF und des KBW erfolgreich, daß in einer Reutlinger Gaststätte die faschistische Hochschulgruppe HTS eine Hetzveranstaltung gegen den Befreiungskampf der afrikanischen Völker durchführen konnte.

MÜNSTER

Anläßlich des erfolgreichen 7. Parteitages der PAA fand in Münster eine Veranstaltung der Partei statt. Ein Großteil der Teilnehmer waren neu auf einer Parteiveranstaltung. Es herrschte eine gute, kämpferische Stimmung. Ein Redner der Partei berichtete in einer kämpferischen Rede von den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus in Albanien, besonders wies er auf die Notwendigkeit und die ständige Festigung der Diktatur des Proletariats hin und strich heraus, daß das albanische Volk unter Führung seiner Partei unbeirrt am Klassenkampf festhält. In einem zweiten Teil zeigte er die wahrhaft marxistisch-leninistische Haltung der PAA in ihrer Einschätzung der internationalen Lage sowie in ihrer konsequenten Außenpolitik. Die Ausführungen des Genossen wurden begeistert aufgenommen.

Eine Fotoausstellung der Partei über die Geschichte und den sozialistischen Aufbau Albaniens wurde in einer Pause von vielen interessiert angeschaut.

Offen gesagt ...

...der Vatikan - erzreaktionär!

Unverschämt hat der Papst die Völker der Welt als Irre beschimpft. Ihren gerechten Kampf um Revolution, diese unabwendliche historische Strömung unserer Zeit, bezeichnete er auf einer Generalaudienz als „pathologische Sache", als „Zivilisationskrankheit, die unser Zeitalter belastet", als eine „Manie".

Man könnte über diese Worte lächeln, weiß man doch, von wem sie gesprochen sind: von einem Mann, aus dessen Mund keineswegs die Erleuchtung des Heiligen Geistes predigt, sondern das handfeste Machtinteresse des Imperialismus. Von einem Mann, der sich immer und immer wieder als Erzreaktionär entlarvte. Niemand erwartet von „Seiner Heiligkeit", daß er den revolutionären Kampf der Völker der Welt unterstützt.

Doch es wäre verfehlt und leichtsinnig, sich über die konterrevolutionären Sprüche des Papstes nur zu amüsieren. Das hieße zu verkennen, welch scharfe Waffe Kirche und Religion auch heute noch in der Hand der Konterrevolution sind. Und es ist keineswegs so, daß die Kirche immer und überall so offen reaktionär auftritt wie ihr oberster Repräsentant. Überall in der Welt hat sie ihre Pfaffen und Nonnen, die unter einem fortschrittlichen Deckmäntelchen den Arzt am Totenbett des Imperialismus spielen – denken wir an Spanien, denken wir an Lateinamerika. Der Impfstoff, mit dem sie die Völker der Welt gegen den revolutionären Virus immunisieren will, heißt „Nächstenliebe", „Klassenversöhnung", „Vertrauen auf Gott, nicht auf die eigene Kraft". Es ist die gleiche konterrevolutionäre Ideologie, religiös verbrämt, mit der die reaktionären Regierungen, die Politiker einschließlich der modernen Revisionisten, die revolutionären Kämpfe zerschlagen wollen. Kein Wunder also, daß sich diese Herren, von Paul VI. bis Breschnew, trotz aller angeblichen Widersprüche so gut verstehen und in einer breiten konterrevolutionären Allianz zusammenarbeiten.

Doch die Kirche hat sich nicht nur als Feind an der ideologischen Front erwiesen. Wir kennen die „heiligen Bücher", in denen Waffen nach Albanien geschmuggelt wurden, wir wissen von den Kirchen, die im spanischen Bürgerkrieg der Konterrevolution als Waffenlager dienten, wir kennen die Pfaffen, die auf der anderen Seite der Barrikade, mit dem Gewehr in der Hand, mithalfen, Revolten niederzuschlagen und Revolutionäre zu ermorden. Wer sich diese Tatsachen vor Augen hält erkennt, daß die Worte des Papstes nicht dummes Geschwätz eines senilen Greises sind, sondern eine massive Drohung gegen die Völker. Eines ist sicher: Nichts Reaktionäres fällt, wenn man es nicht niederschlägt. Die Kirche ist ein Instrument des Klassenfeindes, das wir bekämpfen müssen, und das gestürzt werden wird mit dem Sturz der Bourgeoisie selbst.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

FDGB - vollständiger Verrat an den Interessen der Arbeiter

Klassenorganisation der Arbeiterklasse der DDR – so bezeichnet sich der FDGB. Aber von echter revolutionärer Klassenpolitik hat sich der FDGB als „treuer Verbündeter" der SED mit Beginn des revisionistischen Verrats in der DDR immer weiter entfernt.

Heute sitzen in allen verantwortlichen Leitungspositionen des FDGB SED-Mitglieder auf einträglichen Posten, die voll auf den revisionistischen SED-Kurs eingeschworen sind. So sind z. B. alle Bezirksvorsitzenden des FDGB gleichzeitig Mitglieder in den Sekretariaten der SED-Bezirksleitungen.

Den Versuch, dem Revisionismus zu trotzen und eine revolutionäre Gewerkschaftsarbeit fortzusetzen, bezahlten in der Wahlperiode 1962 bis 1968 eine Reihe gewählter Arbeitervertreter damit, daß sie unter fadenscheinigen Begründungen aus ihren Leitungspositionen entfernt wurden. Ihr „Vergehen" war es, den Machtmißbrauch durch Staats-, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre anzuprangern und die zunehmende Ausbeutung in den „volkseigenen" Betrieben öffentlich in gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen und den Vorstandsberatungen zu verurteilen.

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML, SEKTION DDR
Spendenkonto: Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr.: 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Diese klassenbewußten Gewerkschaftsfunktionäre wurden ersetzt durch Leute, die ihre Bindung zur Arbeiterklasse verloren und aufgegeben haben und sich voll in den revisionistischen Machtapparat eingeordnet haben. Nicht um Arbeiterpolitik geht es ihnen, sondern darum, die Arbeiter vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten und durch Förderung vielfältiger Formen der Ausbeutung und Erhöhung des Arbeitstempos den Revisionismus in der DDR in seiner politischen und ökonomischen Basis zu stärken.

So wird jetzt nach dem IX. SED-Parteitag von allen Gewerkschaftsvorständen eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet, damit durch Wettbewerb die Produktion in den Betrieben erhöht wird. Dazu haben alle Leitungsmitglieder des FDGB-Bundesvorstandes, der Zentralvorstände der Industriegewerkschaften und der FDGB-Vorstände in den Bezirken, nach einer zentralen Liste in Wettbewerbskonferenzen in Großbetrieben aufzutreten und die Arbeiter zu höheren Leistungen anzuspornen.

Im Mittelpunkt steht die Steigerung der Arbeitsproduktivität noch über die ursprüngliche Plangröße hinaus. Das bedeutet für die Arbeiter eine höhere Arbeitsintensität, Sonderschichten und noch mehr Überstunden, denn der Grad der technischen Ausrüstungen steigt in den Betrieben oft nur halb so schnell wie die Arbeitsproduktivität. Wenn die Produktivität durch höhere Ausbeutung über den Plan gesteigert wird, bekommen Betriebsleiter und andere Funktionäre hohe Prämien. Für die Arbeiter ist dafür seit Jahren der durchschnittliche Lohnzuwachs um das mehrfache geringer als die Produktivitätsentwicklung.

Die Führungsspitze des FDGB hat 1976 eine interne Weisung gegeben, die Jahresendprämie der Arbeiter nach Möglichkeit gegenüber dem Vorjahr nicht anwachsen zu lassen.

Mit großem propagandistischem Aufwand wird jetzt versucht, den Arbeitern mehr Leistungen abzupressen und dafür eine schnelle Verbesserung der Wohnbedingungen zu versprechen. Dazu werden alle Tricks der Statistik genutzt, um vorzutäuschen, daß 60% der neuen Wohnungen von Arbeitern bezogen werden. Dabei kommen aus langer Erfahrung die Bauarbeiter, vor allem die Industriebauer, am schlechtesten weg. Durch ihre meist auswärts vom Wohnort liegenden Baustellen sind sie für die Räte der Gemeinden und der Städte, die über die Wohnungen bestimmen, weit weg vom Schuß und müssen am längsten auf eine bessere Wohnung warten.

Trotz massiertem politischen Druck und vieler sozialer Versprechungen durch die leitenden Funktionäre des FDGB wächst die Unzufriedenheit. Die Zahl der Arbeiter, die das Wesen der Ausbeuterordnung in der DDR durchschauen und für eine revolutionäre Politik eintreten, nimmt zu. Hier formiert sich die Front für den revolutionären Kampf gegen die Ausbeuterordnung in der DDR.

Abonniert
RADIO TIRANA
14tägig erscheinendes, aktuelles Nachrichtenbulletin des einzigen sozialistischen Senders Europas in deutscher Sprache
Ausgewählte Sendungen
* Berichte über den sozialistischen Aufbau in Albanien
* Der Standpunkt der Partei der Arbeit Albaniens zu internationalen Fragen
* Über die revolutionären Kämpfe in der ganzen Welt
* Theoretische Artikel, wichtige Erklärungen und Dokumente

ROTFRONT-VERLAG, 2300 Kiel 1, Postfach 3746

Antikommunist Biermann

Propagandist für Berlinguer und Co.

Der Ostberliner Dichter und Liedersänger Wolf Biermann hat auf seinen Veranstaltungen seine konterrevolutionären, revisionistischen, antikommunistischen Ziele in aller Deutlichkeit dargelegt. Breiten Raum nahm dabei die positive Stellungnahme für die revisionistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens ein. Auch in einem Interview mit dem „Spiegel" erklärte Biermann, das Erstarken der von diesen Parteien vertretenen „Theorien", die von der Bourgeoisie gewöhnlich mit dem Schlagwort „Eurokommunismus" bezeichnet werden, sei für ihn außerordentlich ermutigend. Die italienischen, französischen und spanischen Revisionisten stehen gemeinsam mit ihrem Freund Biermann auf der anderen Seite der Barrikade, im Lager des Imperialismus. Sie sind Todfeinde des Marxismus-Leninismus, des Proletariats und der Revolution.

„Konkret", sagte Genosse Enver Hoxha in seinem Rechenschaftsbericht an den 7. Parteitag der PAA, *„ist das revisionistische Lager heute in einige opportunistische Strömungen geteilt, wo jede eine politisch und ideologisch ziemlich bestimmte Physiognomie hat, und wo jede darum ringt, das Primat bei der Revision des Marxismus-Leninismus und der Unterhöhlung der Revolution zu erreichen, die ‚eigenen spezifischen sozialistischen Theorien' verkündend. Darin äußert sich einerseits der Entartungsgrad des Revisionismus, sein vollständiger Zerfall, und andererseits spiegeln sich darin die Anstrengungen des Revisionismus wider, um der Bourgeoisie besser zu dienen und um im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die Revolution raffinierter zu werden."*

Aber alle die verschiedenen Abteilungen des Revisionismus haben eines gemeinsam: Ihr Angriff zielt auf die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, um das Proletariat zu entwaffnen und zu verwirren. Sie alle stützen sich auf die verräterischen „Theorien", die von Chruschtschow und Konsorten geschaffen wurden und haben sie weiterentwickelt. Die italienischen, französischen und spanischen Revisionisten kritisieren, ebenso wie Biermann, einige Aspekte der sozialfaschistischen Diktaturen der Kremlzaren und ihrer Vasallen, um sich den Schein einer gewissen Unabhängigkeit von den sowjetischen Sozialimperialisten zu geben.

In Wirklichkeit ist das jedoch nichts als ein Trick, um die Arbeiterklasse zu betrügen und sich ihrer eigenen Bourgeoisie und dem amerikanischen Imperialismus dienstbar zu erweisen. In allen grundlegenden Fragen sind sie jedoch mit den sowjetischen Revisionisten vollständig einer Meinung.

„Die BRD braucht eine KP/wie ich sie wachsen und reifen seh/unter Italiens Sonnenschein/so soll es sein . . .", predigt Biermann in einem seiner Lieder. Bekanntlich gehörten die italienischen Revisionisten zu den ersten, die einen Frontalangriff auf den Marxismus-Leninismus starteten. Sie entwickelten, im Einklang mit Chruschtschow und Konsorten, die Theorie von der Möglichkeit über „Strukturreformen", ohne daß angeblich die gewaltsame sozialistische Revolution notwendig sei, zum Sozialismus zu gelangen. Sie strichen die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats aus ihrem Programm. Stattdessen predigten sie das Zerrbild eines „Sozialismus", in dem die Bourgeoisie alle Freiheiten genießt: die Freiheit, ihre Parteien zu bilden und zu organisieren, die Freiheit, über die Presse, Rundfunk und Fernsehen zu verfügen usw. usf. Es ist natürlich klar, daß alle diese Theorien, die Biermann in Köln als sein Vorbild hinstellte, nichts mit dem Kommunismus gemein haben. Sie dienen lediglich dazu, der bürgerlichen Demokratie, der Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse, neuen Glanz zu verleihen und die Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft der Kapitalisten, die sich hinter der Fassade der bürgerlichen Demokratie verbirgt, vor dem revolutionären Ansturm des Proletariats zu retten. Die italienischen Revisionisten haben die Fahne des „historischen Kompromisses" entrollt, womit sie die Koalition mit den Faschisten der christlich-demokratischen Partei meinen. Sie verteidigen die EWG und sogar die Nato und die Anwesenheit der US-Besatzertruppen und -stützpunkte in Italien. Sie sind in jeder Beziehung Todfeinde des italienischen Proletariats und der Revolution.

Biermann hat recht, wenn er sagt, daß die „Theorien" Berlinguers, Marchais etc. in allen revisionistischen Parteien der westlichen kapitalistischen Länder erstarken. Die Bourgeoisie kann sich darüber nur freuen. Schließlich macht die sklavische Unterwürfigkeit unter das Diktat der Kremlzaren die revisionistischen Parteien in den westlichen Ländern in den Augen des Proletariats nicht gerade besonders attraktiv. Die Bourgeoisie braucht aber ihre revisionistische Agentur, weil sich der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern verschärft und das Proletariat immer stärker auf den Kampfplatz tritt. In dem Maße schließlich, wie sich die Rivalität zwischen den westlichen kapitalistischen Ländern und dem sowjetischen Sozialimperialismus, zwischen den beiden imperialistischen Supermächten, verschärft, ist eine revisionistische Partei, die sich allzu offen zum Sprachrohr der Kremlzaren macht, nicht gerade von Vorteil. Es ist deshalb kein Wunder, daß die westdeutschen Imperialisten die Ausbürgerung Biermanns durch das Honecker-Regime begierig aufgegriffen und sich vor Begeisterung geradezu überschlagen haben. Er selbst rühmt sich im „Spiegel" der Solidarität zahlreicher Mitglieder der D„K"P, fühlt sich „eingebettet" in die Solidarität der „Linken" und träumt von einer „integrierenden" Funktion, die er haben könnte. In der Tat erfreut sich Biermann der „Solidarität" großer Teile der Jusos, der Jugend der IG Metall, des „Sozialistischen Büros" usw. usf., bis hin zur GRF (KPD).

Daß sich die GRF in diese Solidaritätsfront mit einem Antikommunisten eingereiht hat, ist allerdings kein Zufall. Es entspricht voll und ganz ihrer sozialchauvinistischen Linie, ihrer Kapitulation vor dem Imperialismus, die mit der Fahne des „Kampfes gegen den Sozialimperialismus" bemäntelt wird. Biermann und die Marxisten-Leninisten trennen keine „politischen Differenzen", wie es die GRF ausdrückt, so harmlos ist die Sache nicht. Der besonders raffinierte Revisionist Biermann muß entschieden bekämpft werden. Wer das Wesen des Revisionismus allerdings nicht begriffen hat, keinen allseitigen und umfassenden Kampf zu seiner Entlarvung und Enthüllung für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus führt, wer im Gegenteil den Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus zu versöhnen sucht und selbst immer mehr auf revisionistische Positionen abgleitet – wird sich allerdings notwendigerweise mit einem solchen Reaktionär wie Biermann verbünden.

Korrespondenzen aus der DDR

Polizeiüberfall auf Jugendliche in der DDR

Es ist inzwischen in der DDR genauso wie hier bei uns im Westen üblich geworden, daß Jugendliche Feten bzw. Parties abhalten. Allerdings haben viele Jugendliche inzwischen gemerkt, daß die Pop-Musik, die auf solchen Feten gespielt wird, ein starkes Mittel der neuen Bourgeoisie in der DDR ist, um sie vom Klassenkampf abzuhalten, daß diese Musik nicht das Mittel ist, das sie aus der Misere herausführt. Von daher geschieht es heute immer häufiger, daß auf solchen Feten im Gegensatz zu früher, wo die Musik nicht laut genug spielen konnte und die Jugendlichen sich mit Alkohol vollaufen ließen, die Musik leiser gedreht wird und es zu interessanten politischen Diskussionen (d. h. über China, Sozialismus usw.) kommt. Das kriegen die Bonzen in der DDR über ihr Spitzelwesen natürlich auch mit.

Von solch einer Fete von Jugendlichen, auf die ein Polizeiüberfall stattfand, will ich berichten. Ca. 20 bis 25 Jungen und Mädchen waren versammelt. Mitten in der Nacht kamen die Bullen mit drei Überfallkommandos (ca. 20 Bullen), bewaffnet mit Gummiknüppeln und Pistolen. Zuerst führten sie die übliche Ausweiskontrolle durch. Manche hatten keine Ausweise dabei, andere wollten ihren Ausweis nicht zeigen, da sie über das Eindringen der Bullen in die Wohnung empört waren. Als die Bullen merkten, daß sie auf massiven Widerstand stießen, fingen sie an, die Jugendlichen, insbesondere aber die Mädchen, auf die Straße zu treiben, ohne Mantel und z. T. auch ohne Schuhe (es war Winter und der Schnee lag sehr hoch). Der Protest der Jugendlichen wurde angesichts dieses Terrors natürlich immer lauter. Daraufhin schlugen die Bullen mit ihren Schlagstöcken auf die Mädchen ein. Man kann sich vorstellen, was in den Jungen vorging, als sie das sahen. Wutentbrannt stürmten sie auf die Bullen los und es gab eine handfeste Prügelei, wodurch auch die Bewohner der umliegenden Häuser aufmerksam gemacht wurden. Die Jugendlichen riefen: „Ihr seid ja wie die Faschisten!" Daraufhin schlugen die Bullen noch mehr auf die Jugendlichen ein und schrien: „Wir sind keine Faschisten, wir sind keine Faschisten!" Die Jugendlichen unterlagen bei diesem Kampf, denn die Bullen waren ja auf diesen Überfall vorbereitet und bewaffnet.

Es kam dann zu Prozessen, natürlich solche, wo der Angeklagte keine Möglichkeit hat, sich zu verteidigen und unter Ausschluß jeglicher Öffentlichkeit. Die Urteile für die Jugendlichen: 1/2 bis drei Jahre Gefängnis.

Käuferschlangen beim Bäcker um die Ecke

In den Beschlüssen des IX. Parteitages der SED ist viel gesprochen worden über die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung.

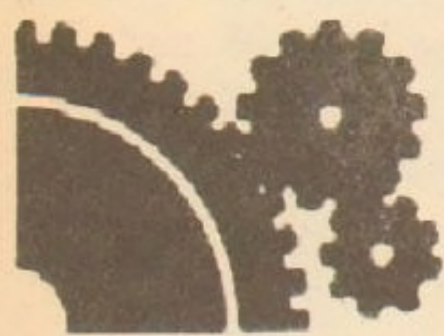
Das Regime hat es aber immer noch nicht verstanden, wenigstens die Bevölkerung der Hauptstadt Berlin mit schmackhaften Backwaren zu versorgen.

Jeder kann es sehen: Täglich und insbesondere zum Wochenende stehen die Hausfrauen vor den Bäckerläden Schlange nach frischen Brötchen und Kuchen, um ihre bescheidenen Bedürfnisse einigermaßen zu befriedigen. Warum stehen sie da?

Die Brötchen und Backwaren in den Kaufhallen der HO und des Konsums stammen aus dem „hochproduktiven" Backkombinat in Berlin. Durch Rezepte nach 08-15, bürokratisches Verteilersystem und Transportschwierigkeiten kommen diese Waren schon altbacken in die Kaufhallen. – Wen wundert es da, daß sich die Frauen der Arbeiterfamilien lieber in der Schlange beim „Bäcker an der Ecke" (die übrigens auch immer weniger werden) anstellen, um für ihre Familie frische Ware zu bekommen.

Die Pflicht zu arbeiten wird in der Verfassung der DDR dick unterstrichen, daß der Staat dafür die einfachsten Bedürfnisse der Arbeiterfamilien erfüllen müßte, das wird von den Funktionären als „Nebensache" wegdiskutiert.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

HAMBURG: BEGEISTERUNG ÜBER DEN KAMPF IN BROKDORF

Liebe Genossen,

ich möchte euch kurz berichten, wie sehr die Kollegen meiner Abteilung den militanten Kampf der Bevölkerung und der Partei gegen das geplante KKW in Brokdorf unterstützen.

Als ich am Montag, dem 15. 11. zur Arbeit kam, war der Kampf vom Samstag Thema Nr. 1. Wir hatten gerade Maschinenschaden in der Anlage, so daß wir alle zusammensitzen und ich erzählen konnte.

Die Kollegen waren hell begeistert. Einer ärgerte sich, daß er nicht dabeigewesen war. Das nächste Mal sollte ich ihn unbedingt mitnehmen. Doch nicht nur ihn! Wir stellten uns vor, wie ein kampfstarker Trupp aus unserer Abteilung kämpfen würde. Ideen waren genug da. Der eine Kollege machte sich noch am Vormittag während der Arbeitszeit daran, ein Plakat zu entwerfen und Knüppel zu schneiden. Weniger mutige Zweifler unter den Kollegen wurden bearbeitet, überzeugt und auch z. T. von der Stimmung bei uns mitgerissen. Es war wirklich eine kämpferische, militante Stimmung.

Wie kam das? Die Kollegen besaßen durch ihre eigenen Erfahrungen einen unheimlichen Haß auf die Polizei. Doch das war noch nicht alles. Wir überlegten, für wen diese Polizei da ist, wer ihre Hintermänner sind. Es stellte sich heraus, daß bei den Kollegen der Haß gegen die Polizei so groß ist, weil sie genau wissen, daß sie im Auftrag der „Reichen", der „Bonzen" oder der „Unternehmer" den „kleinen Mann", also den Arbeiter niederknüppeln. Es kam ein Beispiel nach dem anderen von den Kollegen. Wie die Reichen, die Parteien, die Kirche sich auf unsere Kosten vollsacken: Diätenerhöhung, Steuern, Versicherungen, bis hin zu dem Geld, das sie mit dem geplanten KKW verdienen wollen. Auf unsere Kosten! Keiner der Kollegen glaubte z. B., daß der Strompreis durch die billigere Kernenergie niedriger werden würde. Im Gegenteil! Den würde die HEW auch noch erhöhen. Auch die Lüge von der Sicherung der Arbeitsplätze wurde durchschaut. Wir erinnerten uns an die Stilllegung der Zechen, an die vielen Kumpels, die auf die Straße gesetzt worden waren. Wurden sie etwa arbeitslos, weil zu wenig Energie da war? Hat die Arbeitslosigkeit überhaupt etwas mit viel oder wenig Energie zu tun, mit der Frage: KKWs oder keine KKWs?

In unserem Raum war es, als hätte ein Funke gezündet. Da waren auch Kollegen mit bei der Sache, die sonst kaum ein Wort riskieren.

In der „Hamburger Morgenpost" hieß es in einer Überschrift am selben Tag: „Brokdorf – Angst!" Bei uns hieß es an diesem Tag: „Brokdorf – Kampf dem Polizeistaat!"

Rot Front!

Ein Genosse aus Hamburg

GROSSES INTERESSE AM AUFBAU DES SOZIALISMUS IN ALBANIEN

Ich arbeite in einem Institut, in dem erwachsene Arbeiter umgeschult werden. Im Sommer war ich im Urlaub in Albanien. Vielen Arbeitern erzählte ich nach der Rückkehr von meinen Eindrücken. Das stieß auf großes Interesse und einige fragten, ob ich nicht Lichtbilder hätte. Am Donnerstag, den 9.9. machte ich deswegen eine kleine Veranstaltung. 16 Arbeiter kamen. Der Vortrag mit 70 Dias gestaltete sich sehr lebendig, denn zu den Dias wurden viele Fragen gestellt und lebhaft diskutiert. „Wie wird in Albanien gewählt? Wie werden die Normen festgelegt? Kann sich da nicht doch wieder eine Klasse bilden, die die Arbeiter unterdrückt?" Natürlich gab es auch Widersprüche. Da sagte z.B. einer: „Es muß auch da einen Antreiber geben, sonst wird nichts geschafft." Sofort konterten andere: „Mensch, hast du denn nicht kapiert! Die schaffen doch für sich, die wissen, warum sie reinhaun."

Zum Schluß des Vortrages zeigte ich Bilder von Denkmälern Lenins und Stalins und erklärte, warum die Albaner das Andenken Stalins so hoch halten. Zu meinem Erstaunen fand das nur Zustimmung. Anschließend setzten wir uns zusammen und diskutierten über die Frage, warum die sozialistische Revolution nur unter der Führung der Kommunistischen Partei verwirklicht werden kann. Dabei propagierte ich die Grundsatzerklärung und den „Roten Morgen". Alle nahmen die Grundsatzerklärung und neun „Rote Morgen" wurden gekauft. Wir werden uns später nochmal zusammensetzen, um über die Grundsatzerklärung zu diskutieren.

Noch eine Überraschung: Am nächsten Tag sprachen mich mehrere Kollegen an, warum ich sie nicht informiert hätte. Sie wären auch gekommen. Ich hatte zwar die Veranstaltung allgemein angekündigt, aber doch nicht eindringlich genug einzelne angesprochen, sonst wären bestimmt noch mehr gekommen, denn das Interesse am Sozialismus – das spüre ich während meiner gesamten Arbeit – ist unter den Arbeitern ungeheuer groß.

BETRIEBSVERSAMMLUNG IN MAINZ: BUHRUFE FÜR DEN BETRIEBSRAT

Liebe Genossen!

Bei uns fand vor einiger Zeit eine Betriebsversammlung statt. Auf dieser BV wurde Stellung genommen zu den Themen Entlassungen und Umgruppierungen wegen Krankheit, ferner wegen Rationalisierung (Zeitkürzungen), da diese Themen besonders die Kollegen berührten.

Der Betriebsrat hat zwar bisher keiner Kündigung zugestimmt, erklärte aber auf der BV ganz offen, Krankheit sei nun einmal ein Kündigungsgrund, da könne man nichts machen. Man müsse halt nur die richtige Partei wählen, die dann die Gesetze macht, um so etwas zu verhindern. Ein Kollege griff das an und ging dann darauf ein, warum die Kollegen krank werden, nämlich wegen der ständig steigenden Arbeitshetze. Sind die Kollegen aber zu lange krank, werden sie wie alte Maschinen behandelt, die, haben sie ihren Dienst getan, auf den Schrott geworfen werden. Der Applaus der Kollegen kam augenblicklich und lang anhaltend.

Der Betriebsrat, der anschließend das Wort ergriff, um sich bei den Kollegen einzuschmeicheln und um den Kollegen unglaubwürdig zu machen, erntete nur Gelächter und Gebuhe als er erklärte, der Betriebsrat würde sich für die Interessen der Kollegen förmlich zerfleischen usw. Denn die Kollegen selbst haben oft genug erfahren, welche Interessen der Betriebsrat wahrnimmt z. B. als er den Kollegen Zwangsurlaub verordnete oder als der Betriebsrat Kollegen bespitzelte und einem Arbeitskollegen die Polizei ins Haus schickte.

Der zweite Redebeitrag beschäftigte sich mit den Zeitkürzungen, die seit den letzten zwei Jahren vermehrt durchgeführt werden. Es wurde aufgezeigt, daß diese Zeitkürzungen den Kapitalisten dienen, um uns noch stärker auszubeuten. Dies alles mit Segnung der Gewerkschaften, die mit ihren Lohnraubabschlüssen die Kollegen noch tiefer in den Dreck der kapitalistischen Ausbeutung gedrückt haben. Beide Redebeiträge schlossen mit der Aufforderung, den DGB-Bonzen und allen anderen Arbeiterverrätern eine klare Abfuhr zu erteilen und im Vertrauen auf die eigene Kraft unsere Interessen selbst wahrzunehmen.

Rot Front!

Genossen aus Mainz.

Nieder mit den Lohnraubplänen!

Fortsetzung von Seite 1

monatlich heraus, wovon man mehr als die Hälfte zu sparen gezwungen ist. Die IGM-Bonzen jedoch stellten den Abschluß als großen Erfolg heraus und spekulieren darauf, daß die Bereitschaft der Metallarbeiter, sich mit 5 bis 6 Prozent Lohnerhöhung abzufinden, jetzt größer ist. Die Vertreter der Metallkapitalisten haben denn auch schon begonnen, die Sache auszuschlachten. So sagte z. B. der Vorsitzende von „Gesamtmetall", Herbert van Hüllen: „Die Formel für die bevorstehende Lohntarifrunde heißt: X minus 1,7 Prozentpunkte."

Aber auch in der umgekehrten Richtung laufen die Manöver der Gewerkschaftsbonzen. So wurden nach den Berichten der Presse bei der letzten Verhandlungsrunde von Eisen und Stahl zwischen beiden Seiten Erwägungen angestellt, ob man nicht die Erhöhung der stahltypischen Zuschläge erneut auf einen späteren Zeitpunkt verschieben soll. Das ist eine Riesenschweinerei, denn ursprünglich hätten die stahltypischen Zulagen (Schichtzulagen) schon zum Jahresbeginn 1976 erhöht werden sollen und schon bei den letzten Tarifverhandlungen Ende 75 war es ein übler Kuhhandel, daß die Erhöhung bis gegen Ende dieses Jahres aufgeschoben worden war. Das bedeutet für die Stahlarbeiter, die im aufreibenden Contischichtsystem schuften müssen, daß sie empfindliche Lohneinbußen hinnehmen sollen, denn ca. ein Viertel ihres Lohnes besteht aus diesen Zulagen. ÖTV-Boß Kluncker versucht es ebenfalls mit dieser Taktik. Er hat angekündigt, die Angleichung der Urlaubsregelung an diejenige der Industrie (Abschaffung der Staffelung der Urlaubsdauer gemäß Einkommenshöhe) zu einem Hauptpunkt der diesjährigen Tarifverhandlungen zu machen. Mit der Herausstellung dieser Forderung hofft er, einerseits einen niedrigen Lohn- und Gehaltsabschluß durchzubringen und gleichzeitig sein Image als „harter Gegner der Arbeitgeber" zu retten.

Die Arbeiter und kleinen Angestellten haben einen wachsenden Haß auf die DGB-Bonzen, deren Absichten und Manöver sie zunehmend besser durchschauen. Aber viele Kollegen dulden dennoch ihre arbeiterfeindlichen Machenschaften, weil sie resigniert sind und meinen, man kann ja doch nicht dagegen an. Diese resignative Haltung hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die Bonzen, obgleich schon ziemlich verhaßt, mit ihrer Ideologie der Klassenversöhnung noch Einfluß unter den Massen haben. Die meisten Arbeiter und kleinen Angestellten haben noch Illusionen über das kapitalistische System, sie sind sich noch nicht darüber klar, daß zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse ein unversöhnlicher Gegensatz herrscht, daß es nichts gibt, was die Interessen zwischen Lohnarbeit und Kapital, die einander diametral entgegengesetzt sind, auf einen Nenner bringen könnte. Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen sind eine im Kapitalismus unabwendbare Erscheinung. Durch Stillhalten, „Maßhalten" im Lohnkampf usw. können weder Arbeitsplätze gesichert werden noch kann dadurch irgendein „Aufschwung" im Interesse der Arbeiter herbeigeführt werden.

Die Lohnraubabschlüsse des vergangenen Jahres haben zwar einen „Aufschwung" gebracht. Aber dieser Aufschwung beschränkte sich auf die Profite der Kapitalisten, die mächtig gestiegen sind. Für die Arbeiter brachte dieser Aufschwung lediglich Rationalisierung, brutale Verschärfung der Ausbeutung im Betrieb, zunehmende Verarmung und Verelendung. Das Arbeitslosenheer wurde keineswegs abgebaut, sondern gilt inzwischen als „normale Erscheinung". Für den Arbeiter gibt es eben nur einen Ausweg aus diesem System, in dem sich unvermeidlich seine Lage weiter verschlechtern wird: den revolutionären Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung mit dem Ziel, dieses System durch die sozialistische Revolution zu zerschlagen.

Aber trotz der Lohnverzichtspropaganda der Kapitalisten und obgleich der Einfluß der reformistischen und revisionistischen Ideologien in der Arbeiterschaft noch relativ stark ist, wächst die Kampfbereitschaft der proletarischen Massen. Immer mehr Kollegen revoltieren gegen den arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat und gegen die Politik der Klassenversöhnung. Auch in dieser Stahltarifrunde zeigte sich das bereits. So erhielten unsere Genossen bei Hoesch in Dortmund großen Beifall auf Belegschaftsversammlungen, als sie die 8,5%-Forderung des IGM-Apparates angriffen und gleichzeitig entlarvten, daß auch die D„K"P-Revisionisten und „linken" SPD-Leute im Vertrauensleutekörper, die ja 11% verabschiedet hatten, nur das Ziel haben, den eigenständigen und kompromißlosen Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten zu verhindern. Dieser Erfolg auf den Belegschaftsversammlungen zeigt, daß auch die besonders raffinierten Manöver der D„K"P langsam besser durchschaut werden. Die Kollegen merken, daß es Betrug ist, höhere Forderungen als die Oberbonzen der Gewerkschaft aufzustellen, wenn man gleichzeitig verhindert, daß die Arbeiter sich gegen den Gewerkschaftsapparat zusammenschließen, und daß sie im Vertrauen auf die eigene Kraft wirkliche Kampfmaßnahmen organisieren, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Noch ein weiteres Beispiel, das zeigt, daß die Kollegen in der Lage sind, den Arbeiterverrätern eine Abfuhr zu erteilen. Bei HDW in Hamburg wollte der Vertrauensleutekörper die Unruhe unter den Arbeitern dadurch in das Fahrwasser des Gewerkschaftsapparates lenken, daß er eine Fragebogenaktion startete. Jeder Kollege sollte in einen Bogen eintragen, was für eine Art Tarifforderung er wollte und wie hoch sie sein sollte. Aber ganze Kolonnen boykottierten die Sache: „Verarschen können wir uns alleine", sagten die Arbeiter. Und anstatt eine gemischte Forderung (Sockelbetrag und darauf noch Prozente) zu akzeptieren, wie die D„K"P-Revisionisten und die Sozialdemokraten im Vertrauensleutekörper es durchsetzen wollten, sprachen sich die Werftarbeiter auf den meisten Branchenversammlungen der einzelnen Gewerke für eine Festgeldforderung von 1 DM, teilweise sogar für 1,50 DM aus. In verschiedenen Fällen versuchten D„K"P-Revisionisten oder andere Verräter auf den Versammlungen, die Kollegen daran zu hindern, für ihre Forderung abzustimmen. Auf mehreren Versammlungen waren da aber auch kommunistische Arbeiter, die die Kollegen gegen die Revisionisten unterstützten, so daß dann die Forderung von 1,50 DM mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Bremer Hafenkapitalisten
Einstweilige Verfügung gegen 'De Anstorm'

In einer dringlichen Einstweiligen Verfügung haben die Bremer Hafenkapitalisten der Betriebszeitung der KPD/ML, „De Anstorm", unter Androhung einer hohen Geldstrafe verbieten lassen, über einen tödlichen Unfall zu berichten, der sich am 6. November im Hafen ereignet hatte.

In der Einstweiligen Verfügung wird dem „Anstorm" darüber hinaus verboten zu schreiben: „Bei den tödlichen Unfällen handele es sich um einkalkulierten Mord. Denen da oben komme es auf einen Menschen mehr oder weniger nicht an, aber auf ihren Profit. ... die bremischen Häfen in diesem Zusammenhang als ‚Mordhafen' zu bezeichnen."

Die Hafenkapitalisten wollen die Wahrheit unterdrücken und die Schuld für die ständig steigende Zahl der Unfälle in den Bremer Häfen den Kollegen selbst in die Schuhe schieben. Gerade die Betriebszeitung unserer Partei hat aber fast in jeder ihrer Ausgaben enthüllt, daß hinter den Unfällen im Hafen nichts anderes steckt als die Profitgier der Kapitalisten.

Die Hafenkapitalisten haben die Arbeitshetze in der letzten Zeit enorm gesteigert. Tonnen, Tonnen, Tonnen – das ist alles, was sie interessiert. So ist es keine Seltenheit, daß die Kollegen gezwungen werden, zwei oder drei Schichten hintereinander zu arbeiten. Noch vor einiger Zeit lag die Norm z. B. beim Löschen von Kaffee bei 800 Sack pro Schicht. Heute sind es bereits 1 000 Sack, die die Kollegen in einer Schicht schleppen müssen. Ähnlich ist es bei Baumwolle, Jute und Asbest. 600 Ballen pro Schicht, das war die Norm in früheren Zeiten, heute ist sie schon auf 1 000 Ballen gestiegen.

Die Bilanz dieser Antreiberei ist grauenhaft: Allein im Monat August verunglückten in den Bremer Häfen zwei Kollegen tödlich, drei wurden schwer verletzt. Und es vergeht kaum ein Monat, in dem aus den Bremer Häfen nicht ein schwerer oder sogar tödlicher Unfall gemeldet wird. Die kapitalistischen Ausbeuter können zwar eine Einstweilige Verfügung erlassen, sie werden aber die Wahrheit nicht unterdrükken können.

„Natürlich paßt es den feinen Herren da oben nicht in den Kram", heißt es in einem Extrablatt des „Anstorm" gegen die Einstweilige Verfügung der Kapitalisten, „wenn wir den Hafen bei einem gewissen Namen nennen. Wie man aber einen Hafen bezeichnen muß, in dem nicht nur eine Unzahl von Unfällen passiert, sondern in dem auch ein Großteil der Kollegen nicht einmal das Rentenalter erreicht, das hat nicht der ‚Anstorm' erfunden, das haben die Hafenarbeiter schon längst selber entschieden."

„De Anstorm" wird sich nicht verbieten lassen, die kapitalistischen Ausbeuter anzuprangern, die für ihren Profit auch bereit sind, über die Leichen der Kollegen zu gehen, die die Arbeiter nicht als Menschen behandeln, sondern als Rechengröße in ihren Bilanzen, deren unmenschliches Ausbeutersystem in der proletarischen Revolution gestürzt werden muß, damit sich die Arbeiterklasse endgültig von Ausbeutung und Unterdrückung, Unsicherheit und Not befreien kann.

Klöckner: Genosse wiedereingestellt

Konsequenter Kampf brachte Erfolg

Bei Klöckner in Bremen wurde von der Partei und den Stahlarbeitern ein wichtiger Sieg errungen. Die Klöckner-Bosse mußten den kommunistischen Arbeiter Michael Weisfeld wiedereinstellen. Sie hatten ihn am 29. März auf Betreiben der D„K"P-Betriebsräte fristlos entlassen, weil er von seinen Kollegen als revolutionärer Kandidat für die Vertrauensleutewahlen aufgestellt worden war.

Als Michael nun am 9. November wieder an seinem alten Arbeitsplatz erschien, war die Freude unter seinen Kollegen groß. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht im Betrieb. Mehrere Kollegen riefen Michael an, um ihm zu gratulieren.

Wie war es zu der Entlassung gekommen? Die Arbeitskollegen hatten Michael als Vertrauensmann vorgeschlagen. Der D„K"P-Betriebsrat Holtorp strich jedoch Michaels Namen auf der Liste durch und schrieb daneben: „untragbar". Dann wurde Michael überraschend versetzt; auf eine entlegene Anlage.

Als Michael dann einmal gerade vor einem angeklebten Flugblatt des Arbeiterkomitees zu den Vertrauensleutewahlen stand, auf dem der D„K"P-Betriebsrat angegriffen und die Manipulation gegen Michaels Kandidatur enthüllt wurde, war „rein zufällig" der Werksschutz zur Stelle. Michael wurde festgehalten und beschuldigt, das Flugblatt an die Wand geklebt zu haben. Jetzt war es klar, daß er jeden Tag mit seiner Entlassung zu rechnen hatte. Auf einer Belegschaftsversammlung, die kurz nach diesem Vorfall stattfand, informierte Michael die Belegschaft. Wenige Stunden später wurde er vom Werksvorstand zum Verlassen des Werkes aufgefordert. Er blieb jedoch bei seinen Kollegen, die sofort Unterschriften für ihn sammelten. Da holten die Klöckner-Bosse die Polizei und ließen ihn gewaltsam vom Werk schleppen. Einige Tage danach erhielt Michael die fristlose Kündigung. Der von der D„K"P beherrschte Betriebsrat hatte der Kündigung einstimmig zugestimmt.

Die Partei nahm sofort einen entschiedenen Kampf für die Wiedereinstellung des entlassenen Genossen auf. Extrablätter des „Angriff" (Betriebszeitung der KPD/ML für die Klöckner-Belegschaft) riefen zu Solidarität auf. Auf Betriebsversammlungen, Vertrauensleuteversammlungen, auf einer Jugendversammlung und bei anderen Gelegenheiten brachten Kollegen und Genossen die Sache aufs Tapet. Bei verschiedenen Gelegenheiten, z.B. auch an Michaels Arbeitsplatz, wurde Geld für die Unterstützung des Kampfes gesammelt. Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS entfaltete ebenfalls verschiedene Aktivitäten, um den Kampf zu unterstützen. Das Arbeiterkomitee Klöckner organisierte eine Versammlung, zu der eine Reihe von Kollegen kamen. Fünf Kollegen traten in jenen Wochen in die RHD ein.

Aber auch die Möglichkeiten, gegen die Entlassung juristisch vorzugehen, wurden nicht unausgenutzt gelassen. Gegen das Werksverbot beantragte Michael sofort eine einstweilige Verfügung, die allerdings abgelehnt wurde. Natürlich reichte Michael gegen seine Entlassung auch Klage beim Arbeitsgericht ein. Als die Richter den zuerst angesetzten Termin durchziehen wollten, obwohl Michael mit einer Krankheit im Bett lag, wurde dies durch den Kampf der Partei und der Rechtsanwältin verhindert. Der Termin wurde verlegt. Er fand dann am 26. Oktober statt.

Klöckner begründete die Entlassung mit dem Vorwurf der „parteipolitischen Betätigung" im Betrieb, die gemäß dem Betriebsverfassungsgesetz verboten sei. Als Beweis führten sie das Flugblatt an, vor dem Michael damals gestanden hatte und das er angeblich geklebt haben soll. In diesem Flugblatt wird nun nicht etwa die KPD/ML oder sonst irgend eine Partei propagiert. Die Klöckner-Anwälte jedoch schrieben: „Die parteipolitische Tendenz ergibt sich bereits aus der Tatsache, daß es insbesondere Angriffe auf den DKP-Betriebsrat enthält."

Das Arbeitsgericht aber wollte in diesem Fall nicht mitziehen. Zu sehr fürchteten die Richter unter den gegebenen Umständen und angesichts der Sympathie und Anteilnahme breiter Teile der Klöcknerbelegschaft für Michael und seinen Kampf, daß ihre Rolle als Unterdrückungswerkzeug der Kapitalistenklasse bloßgestellt würde. Sie fürchteten die Empörung der Arbeiter. So verurteilte das Gericht sogar die Klöckner-Kapitalisten dazu, Michael Weisfeld sofort zu den alten Bedingungen und am alten Arbeitsplatz wieder einzustellen.

Dieser Sieg zeigt uns, daß man gegen jede politische Entlassung entschlossen kämpfen muß. Er zeigt, daß dabei alle Möglichkeiten des Kampfes, auch die juristischen, ausgenutzt werden müssen. Er lehrt uns: Wenn ein Genosse gut im Betrieb verankert ist, wenn er gute Verbindung zu seinen Kollegen hat, wenn sie ihn als Kommunisten achten, dann bestehen durchaus Chancen, den Angriff der Kapitalisten und ihrer Agenten zurückzuschlagen und die Wiedereinstellung zu erkämpfen.

DGB-Manager Hesselbach

Ein enger Freund der israelischen Zionisten

Vor kurzem wurde im Bundestag von einigen Abgeordneten der CDU/CSU eine Anfrage eingebracht, in der es um die „Konzentration wirtschaftlicher Macht durch Ämterhäufung" in den Händen des DGB-Bonzen Walter Hesselbach ging. Die Tatsachen, die dabei zutage getreten sind, sind allerdings bemerkenswert. Sie werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf den arbeiterfeindlichen, imperialistischen Charakter des DGB-Apparates.

Hesselbach ist nicht nur einer der führenden Manager der DGB-Konzerne, der unter anderem die Bank für Gemeinwirtschaft dirigiert und im Vorstand des berüchtigten Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat' sitzt. Hesselbach sitzt zugleich in zahllosen Aufsichtsräten und Vorstandsetagen anderer Konzerne der Monopolbourgeoisie, mit denen die DGB-Konzerne verflochten sind. Um nur einige Beispiele zu nennen: Hesselbach sitzt im Aufsichtsrat des Volkswagenwerks, der Stahlkonzerne Salzgitter, Thyssen und Krupp, im Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG, der Audi-NSU-Werke, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, in mehreren Banken und Versicherungen, er ist Vorsitzender des Postverwaltungsrates usw. usf. Zählt man alles zusammen, kommt man auf sage und schreibe 38 Aufsichtsrats- und Vorstandsposten in kapitalistischen Betrieben.

Zugleich gilt die besondere Fürsorge Hesselbachs der Unterstützung und Förderung der israelischen Zionisten. So ist er unter anderem Präsident der „Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Israel", Vizepräsident der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft", stellvertretender Präsident des „Kuratoriums der Freunde Israels" und Präsident des „Bundesverbandes der Gesellschaft der Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem in Deutschland". Diese engen und freundschaftlichen Beziehungen zu den israelischen Zionisten sind kein Zufall, sie hängen eng mit den wirtschaftlichen Interessen des DGB-Apparates in diesem Land zusammen. Schließlich macht hier die Neue Heimat Riesengeschäfte beim Bau von Siedlungen, die auf den Trümmern der Dörfer der aus ihrer Heimat vertriebenen Palästinenser errichtet werden. Schließlich ist hier eines der Hauptbetätigungsfelder der Bank für Gemeinwirtschaft im Ausland. In Israel gibt der DGB-Apparat den Verbrechen der israelischen Zionisten gegen das palästinensische Volk nicht nur seinen Segen, sondern er fördert und unterstützt diese aktiv. Die Konzerne des DGB treibt dasselbe Motiv wie die Abs, Krupp und Thyssen: Sie jagen nach Höchstprofiten, beuten Tausende von Arbeitern aus, beteiligen sich an der Ausplünderung und Unterdrückung anderer Völker, strecken ihre Hände überallhin aus und sind erklärte Feinde des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse in unserem Land und des revolutionären nationalen Befreiungskampfes der Völker der Welt. So war die Geldsammlung einiger Gewerkschaftsmitglieder in Darmstadt für die Befreiungsorganisation des palästinensischen Volkes, PLO, die gegen die Kolonialherrschaft der israelischen Zionisten kämpft, für den Gewerkschaftsapparat Grund genug zum Ausschluß. Der Gewerkschaftsapparat ist direkt mit dem Finanzkapital verwachsen, er gehört selbst zu den größten Ausbeutern in unserem Land. Er verteidigt voll und ganz den aggressiven expansionistischen Kurs des westdeutschen Imperialismus, unterstützt, fördert und treibt ihn voran und handelt damit gemäß seinen eigenen Interessen.

Die „Ämterhäufung" Hesselbachs ist kein Einzelfall. Er ist nur die Spitze des Eisberges des mit dem Staatsapparat verflochtenen und dem Finanzkapital verwachsenen Apparats, in dessen Betrieben im In- und Ausland Tausende von Arbeitern ausgebeutet werden, dessen Banken gierig die Ausplünderung der werktätigen Massen betreiben, dessen Interessen auf Expansion, auf die Ausplünderung und Unterdrückung anderer Völker ausgerichtet sind. Und neben Hesselbach gibt es ungezählte Bonzen des Apparats bis in untere Ebenen hinein, die in den Aufsichtsräten kapitalistischer Betriebe, kommunaler Verwaltungen, in Stadträten, Verwaltungen, Behörden und Ämtern sitzen, um die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken.

Der Haß der revolutionären und fortschrittlichen Arbeiter auf diese Bonzen, auf den gesamten arbeiterfeindlichen, imperialistischen DGB-Apparat ist vollkommen berechtigt. Es wäre eine trügerische Illusion zu glauben, dieser Apparat ließe sich reformieren oder demokratisieren, wie es die modernen Revisionisten der D„K"P behaupten. Die Arbeiter müssen sich von allen Illusionen über diesen Apparat befreien, ihn genauso schonungslos bekämpfen wie die Kapitalisten selbst und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufbauen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Betriebszeitung der KPD/ML für HDW





Rundschreiben zur 'Einhaltung der Arbeitszeit'

Arbeitshetze für den Profit

Schon seit geraumer Zeit wird es für viele Kollegen immer deutlicher: Bei HDW weht ein schärferer Wind. Die Arbeitshetze und Ausbeutung wird verschärft, die Disziplinierung und auch politische Unterdrückung nimmt zu.

Ob es sich dabei um die Einführung des neuen Lohnsystems für Zeitlöhner handelt, ob es die neue Urlaubsscheinregelung ist oder gar der Rausschmiß der Roten Betriebsräte durch die Polizeihundertschaft, wie im Kieler Werk. Die HDW-Kapitalisten wollen noch mehr aus unserer Arbeitskraft herauspressen und jeden Widerstand dagegen mit allen Mitteln unterdrücken.

Neueste Maßnahme ist jetzt ein Rundschreiben an alle Betriebsvorgesetzten zur „Einhaltung der Arbeitszeit"; teilweise läßt sich die Wirkung schon jetzt beobachten. Besser hätte dieses Schreiben wohl geheißen „zur schärferen Ausbeutung", denn bereits am Anfang heißt es da ganz offen: „In dem immer stärker werdenden Konkurrenzkampf der Werften ist die Erbringung der Leistung des einzelnen wichtiger als je zuvor."

So sieht das also aus: Weil die immer tiefergehende kapitalistische Krise zu einer verschärften Konkurrenz zwischen den Werftkapitalisten führt, sollen wir mehr Leistung zeigen. Und wie soll das vor sich gehen?

In dem Rundschreiben heißt es dazu, die Arbeitszeit würde nicht genügend „ausgenützt". Um das zu ändern, werden nun den Vorgesetzten die Ausführungen von Neitzke zur „Ordnung im Betrieb" in Erinnerung gebracht. Wörtlich heißt es da: „Es ist vorgesehen, durch gezielte Maßnahmen die Arbeitsdisziplin zu verbessern." Dies soll allerdings ohne „Verstimmung der Belegschaft" geschehen. Hier zeigt sich gleichzeitig, welche Angst Neitzke und Scholz davor haben, wenn wir „verstimmt" sind, wie sie sich vornehm ausdrücken, auf deutsch: Wenn wir uns im Kampf gegen die Rationalisierung und verschärfte Ausbeutung zusammenschließen. Deswegen auch gleichzeitig die Drohung: „Es wird sich aber nicht umgehen lassen, besonders uneinsichtige Werker in angemessener Form auf ihr Fehlverhalten aufmerksam zu machen . . ."

Schrauben werden angezogen

Dazu haben sie sich Mittel wie Ermahnungen, Verwarnungen und Zeitabzug ausgedacht. Besonders da, wo sie begründen, in welchen Fällen diese Maßnahmen in Frage kommen, nämlich bei „Bummeln, grobfahrlässigem Herbeiführen schlechter Arbeitsqualität, Verweigerung der Arbeitsaufnahme, Nichteinhalten vorgesehener Arbeits- und Pausenzeiten, Trunkenheit, Nichteinhalten von Rauchverboten, Schlägerei u. a. . . .", zeigt sich, was dahinter steckt. Wir sollen eingeschüchtert werden. Besonders jetzt, wo sich immer mehr die Anzeichen mehren, daß auch Arbeiter im „gewerblichen Bereich" entlassen werden sollen, schaffen sie sich so Vorwände für mögliche Entlassungen.

Sieht man mal davon ab, daß Neitzke und Co. offensichtlich den Eindruck erwecken wollen, als seien wir Arbeiter ein „wilder Haufen", die nur saufen, bummeln, schlecht, bzw. gar nicht arbeiten und sich ständig prügeln, so kommt es vor allem darauf an, wie das angewendet werden soll und bereits wird. Wenn früher noch kein Reiniger an Bord war, wurde so lange auch nichts gemacht. Heute sind Reiniger „Luxus", wir haben da selbst für zu sorgen, wenn nicht, ist das „V..weigerung der Arbeitsaufnahme". Genau dasselbe mit den Transportern oder wenn wir uns weigern, unter sicherheitswidrigen Umständen zu arbeiten.

Und ist es denn nicht so, daß bei der starken Belastung, unter der viele von uns ihre Arbeit verrichten, kleinere Pausen einfach mal notwendig sind? Doch die HDW-Bosse wollen von der ersten bis zur letzten Minute aus unserer Arbeitskraft noch höhere Profite herausschinden, oder wie Henke in der „Salzgitter-Gruppe 5/76" schreibt: „Sämtliche nur denkbaren Rationalisierungen" ausschöpfen.

Zum Schluß des Schreibens wird noch darauf hingewiesen, daß die Frühstückszeit in unmittelbarer Nähe des Arbeitsplatzes durchzuführen sei. Wir sollen also an Bord irgandwo zwischen Öl, Dreck und Gestank unsere Frühstücksbrote verzehren.

Ein Angriff auf uns alle

Kollegen! Diese neueste Maßnahme ist ein Angriff, der sich gegen uns alle richtet. Nicht wir Arbeiter sind es, die für die Krise im internationalen Schiffbau verantwortlich sind. Die Kapitalisten, in ihrer unermeßlichen Profitgier, sie tragen die Verantwortung. Und wir sollen jetzt wieder die Knochen hinhalten, damit ihre Gewinnrate weiter steigt.

Dafür rationalisieren sie jetzt wo sie können, greifen zu Entlassungen und verstärken unsere Antreiberei. Doch das dürfen wir nicht widerstandslos hinnehmen. Wehrt euch gegen die verschärfte Ausbeutung.

Vereinigen wir uns im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger!

Gegen Lohnraub, Teuerung, Rationalisierung und politische Unterdrückung!

Meldungen aus den Betrieben

KÖLN

In Köln hat jetzt vor dem Landesarbeitsgericht die Berufungsverhandlung gegen den Roten Betriebsrat von Klöckner-Humboldt-Deutz, Franz Meier, stattgefunden. Genosse Franz Meier war von den KHD-Kapitalisten entlassen worden, weil er durch eine Rede auf einer Jugendversammlung angeblich die „Arbeit verweigert" haben soll. Die Entlassung war von dem Arbeitsgericht in der 1. Instanz bestätigt worden. Jetzt sah sich das Landesarbeitsgericht gezwungen, zuzugeben, daß die Rede auf der Jugendversammlung in den Bereich der Betriebsratstätigkeit falle und somit kein Entlassungsgrund sei. Aber anstatt die Kapitalisten aufzufordern, den Genossen wieder einzustellen, wurde der Prozeß lediglich vertagt. Das bürgerliche Gericht gab dem Anwalt der KHD-Kapitalisten den Wink, die Entlassung besser zu begründen und sich z. B. mit dem Inhalt der Rede des Genossen zu befassen. Vielleicht würde man da „Beleidigungen" oder ähnliches finden. Mit dieser Taktik versuchen die Klassenrichter, die Entlassung des Roten Betriebsrates doch noch durchzusetzen. Am Tag des Prozesses fand im KHD-Werk Deutz eine Betriebsversammlung statt, auf der die Rote Betriebsrätin Anne Fleischel und ein weiterer Kollege zur Solidarität mit Franz Meier aufriefen. Ihre Reden wurden von den Kollegen mit großem Beifall unterstützt. In einem weiteren Prozeß wurden die beiden Roten Betriebsräte von der bürgerlichen Klassenjustiz zu 3 100 bzw. 750 DM Geldstrafe verurteilt, weil sie angeblich Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet haben sollen, versucht haben sollen, Gefangene zu befreien und die Bundesrepublik verächtlich gemacht hätten.

Revisionistisches

EINE KUMPANEI

Der Feldgottesdienst am vorletzten Wochenende in Brokdorf war dazu gedacht, „das Schlimmste" für die Bourgeoisie zu verhüten. Aber die Predigten für den Pazifismus verfehlten ihren Zweck. Die Pfaffen ernteten Pfiffe. Sie konnten den militanten Kampf breiter Teile der Demonstranten nicht aufhalten, den Sturm auf den Bauplatz nicht verhindern.

Während sie bei den Massen auf Ablehnung stießen, bekamen sie Unterstützung von der D„K"P. Sie nahm nicht nur – wie man der Zeitung der D„K"P, „UZ", – entnehmen kann, am Feldgottesdienst teil. Sie versucht auch, in der „UZ" vom 16. 11. das ramponierte Ansehen der Pfaffen wieder aufzubessern. So heißt es dort: „Die Aufforderung der Pastoren gegen die Gewalt war kein einseitiger Appell an die Demonstranten, wie es am Montag in einem Großteil der bundesdeutschen Presse zu lesen war. Bewußt wurde in den meisten Zeitungen der dringliche Appell der Pastoren an den Staat, an die Nordwestdeutschen Kraftwerke, an die Polizei verschwiegen, mit der Gewalt gegen die Demonstranten aufzuhören." Die D„K"P denkt also nicht im Traum daran, etwa die Pfaffen zu kritisieren, weil sie den militanten Kampf verteufelten. Nein, sie kritisiert die bürgerliche Presse, weil sie diese Pfaffen so offen als das darstellte, was sie sind: als Reaktionäre, als Feinde der Massen.



Pfaffen und Polizisten, sie stehen auf einer Seite, gegen die kämpfende Bevölkerung.

So ist es auch nur folgerichtig, wenn die „UZ" kein einziges Wort für den mutigen Kampf der Massen findet, sondern stattdessen eben diese Pfaffen als „Helden" des Kampfes in Brokdorf feiert, die „mit erhobenen Händen" vorn zwischen den kämpfenden Demonstranten standen, „um die Eskalation der Gewalt und Gegengewalt einzudämmen."

Die D„K"P versäumt es im gleichen Artikel natürlich nicht, lautstark zu betonen, daß sie „energisch" für den Baustopp des Atomkraftwerks eintritt. Aber das sind leere Worte. Denn angesichts der Tatsache, daß die Bourgeoisie dieses Projekt mit den Mitteln des Bürgerkrieges verteidigt, läßt sich der Baustopp nicht anders verwirklichen als durch entschlossenen, militanten Kampf. Wer deshalb gegen den revolutionären Kampf der Massen auftritt, der betätigt sich nicht als Interessenvertreter der Massen, sondern als Agent der Bourgeoisie, die, wie bereits Lenin erklärt hat, immer mit zwei Methoden gegen die werktätigen Massen vorging: mit der Gewalt und mit der Demagogie der Pfaffen.

DIE „BEWEISE" DER D„K"P

Bekanntlich versucht die D„K"P immer wieder, unsere Partei und alle Marxisten-Leninisten zu verleumden, indem sie sie wahlweise als „Agenten des Verfassungsschutzes" oder „Strauß-Freunde" verleumdet. Um das zu „beweisen", ist ihnen kein Trick zu plump, kein Mittel zu schäbig. So geisterte etwa vor einigen Monaten durch alle Zeitungen der D„K"P eine Fotomontage, die Strauß mit einem umgehängten Mao-Plakat zeigte. Zu einer noch übleren Masche griffen die Würzburger Revisionisten. Eine Woche, nachdem sie dort am Mainufer die Parole entdeckt hatten „Die Berliner Mauer muß weg! Nieder mit der D„K"P!", schrieben sie an der gleichen Stelle „Es lebe Mao und Strauß – KPD/ML". Drei Wochen später teilte die D„K"P-Zeitung Zellerau ihren Lesern dann triumphierend mit, daß sie jetzt an einer Stützmauer am Main lesen könnten: Es lebe Mao und Strauß – KPD/ML. (Davon konnte natürlich keine Rede mehr sein, die Parole war längst verschwunden.)

Diese Methode ist nicht neu. Mit solchen Fälschungen haben die Faschisten zu allen Zeiten gearbeitet, um die Kommunisten, deren korrekte politische Linie bei den Massen Unterstützung findet, zu verleumden. Daß sie heute nicht nur von den neuen Nazis angewendet wird, die in Westberlin die Parole der Partei „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" verfälschen in „Für ein vereintes, nazistisches Deutschland", sondern auch von der D„K"P, entlarvt vollständig, daß diese Parteien trotz ihrer unterschiedlichen Demagogie, beide aus dem gleichen Stall kommen.

Die Statistik soll es verbergen

Das Elend der kleinen Bauern nimmt ständig zu

Als die Zeitungen dieser Tage über den Abschluß des Geschäftsjahres Juni 75 bis Juni 76 in der Landwirtschaft berichteten, war der Haupttenor der Kommentare: „Die Bauern haben doch nun wirklich keinen Grund zu klagen." Ihr Verdienst, so wird berichtet, habe sich um 15% erhöht auf ein Jahreseinkommen von 22 153 DM bzw. ein Monatseinkommen von 1 847 DM. Und es wird vorgerechnet, daß bei einer Inflationsrate von 5,5% den Bauern immer noch stattliche 9,5% Einkommenserhöhung blieben. In der Überschrift der „Süddeutschen Zeitung" heißt es denn auch: „Keine Dürre im Geldbeutel der Landwirte."

Tatsächlich aber zielt diese Propaganda darauf ab, die sich ständig verschlechternde Lage der unteren Mittelbauern und vor allem der Kleinbauern zu vertuschen und gegen ihre gerechten Forderungen zu hetzen.

Wie verlogen die Angaben der Bourgeoisie über das Einkommen der Bauern sind, wie sie die elende Lage der Klein- und unteren Mittelbauern beschönigen und die Profite der Agrarkapitalisten und Großbauern vertuschen, zeigt sich, wenn man diese Angaben der Wirklichkeit gegenüberstellt. Bei einem Monatseinkommen von 1 847 DM würden – zieht man die Ausgaben für eine kleine Familie ab – im Jahr 4000 DM für Anschaffungen bleiben. Dafür erhält man gerade zwei Futterautomaten für die Ferkelzucht und vielleicht noch eine neue Schlagmühle zum Futtermahlen. Tatsache aber ist, daß die Großbauern und Gutsbesitzer pro Jahr zigtausende für die Anschaffung modernster Maschinen, für Stallungen usw. ausgeben. Und auch ihre Ausgaben für Familie usw. liegen nicht bei 1 500 DM, sondern um ein vielfaches höher. Die Kleinbauern aber auf der anderen Seite haben kein Geld, ihre Höfe überhaupt instand zu halten, geschweige denn, sie zu modernisieren. Das Einkommen von 800 000 Kleinbauern ist vielmehr so gering (es liegt zwischen einigen hundert bis tausend DM), daß sie, wollen sie ihre Familien ernähren, gezwungen sind, tagsüber ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen und ihren Hof als Neben- oder Zuerwerb zu führen.

In Wirklichkeit handelt es sich bei den Angaben in den Zeitungen um statistische Zahlen, die einen Mittelwert des Einkommens von Groß-, Mittel- und Kleinbauern angeben. Ihr Zweck ist es, die Werktätigen über die tatsächliche Lage der Klein- und unteren Mittelbauern zu täuschen.

Tatsache ist, daß Großgrundbesitzer, Agrarkapitalisten und Gutsbesitzer das zehn- bis zwanzigfache an Gewinn haben. Hingegen verfügt die breite Masse der Klein- und unteren Mittelbauern lediglich über ein Einkommen, daß sie zu immer größeren Schulden zwingt und das dennoch von Jahr zu Jahr absinkt. So haben zum Beispiel im letzten Geschäftsjahr Veredelungsbetriebe, die wegen des hohen Maschinenaufwandes sich in der Regel in Händen von Großbauern und Agrarkapitalisten befinden, eine Einkommenserhöhung von bis zu 86,8% zu verzeichnen, während auf der anderen Seite das Realeinkommen der Kleinbetriebe sank. In Schleswig-Holstein sank das Realeinkommen bei den Marktfruchtbetrieben sogar um rund 11%. Und im jetzt laufenden Geschäftsjahr 76/77, wo aufgrund der Dürreperiode eine Einkommenssenkung von durchschnittlich 10% angegeben wird, werden zwar die Agrarkapitalisten und Großbauern ihren Verdienst halten oder noch erhöhen können, aber Tausende Kleinbauern, deren Einkommensverluste 20% und höher sein werden, werden vor dem Ruin stehen.

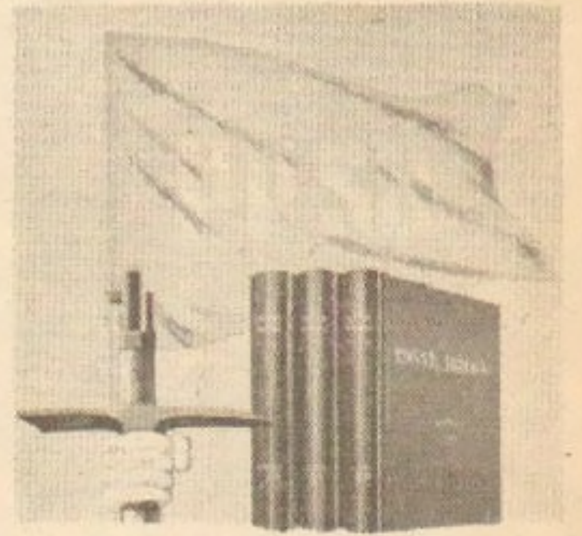
So wenig sich die Einkommen zwischen Großbauern und Agrarkapitalisten mit denen der Klein- und unteren Mittelbauern decken, so wenig haben sie überhaupt gemeinsame Interessen. Vielmehr haben die Großbauern, Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzer ein direktes Interesse an der Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern; ja, sie betreiben dieses Geschäft sogar ganz offen gegen die kleinen und mittleren Bauern. Nicht nur, daß deren Ruinierung ihnen Konkurrenten vom Halse schafft, sondern die Großbauern und Agrarkapitalisten bereichern sich geradezu am Ruin der kleinen Bauern, indem sie, deren Not ausnutzend, zu Spottpreisen deren Land, Maschinen und Stallungen aufkaufen.

Diese Agrarkapitalisten und Großbauern, die direkt zur Bourgeoisie gehören, sind es auch, die im reaktionären Bauernverband das Sagen haben. Es sind die Interessen der Großagrarier und Kapitalisten wie Baron Feury und Freiherr von Heeremann, die dieser Verband vertritt. Soweit sie mit der Lage der kleinen und mittleren Bauern hausieren gehen, tun sie dies nur, um sich selbst Vorteile zu verschaffen. Wenn sie zum Beispiel staatliche Subventionen fordern, so jammern sie vor den Werktätigen über die armen Klein- und Mittelbauern. Doch daß es diese Agrarkapitalisten und Großbauern sind, die diese Subventionen einsacken, während hingegen die Klein- und unteren Mittelbauern als „nicht förderungswürdig" zum Ruin verurteilt werden, darüber schweigen sie natürlich. Im übrigen aber gilt ihr Bemühen um die kleinen und mittleren Bauern nur einem Ziel: eine breite Kluft zwischen den Klein- und Mittelbauern und der Arbeiterklasse zu schaffen, um zu verhindern, daß sie gemeinsam Seite an Seite gegen die Bourgeoisie, gegen den Kapitalismus kämpfen.

Doch die Lage der Klein- und unteren Mittelbauern selbst zwingt diese immer mehr, den Kampf gegen die Ruinierung, die Vernichtung ihrer Existenz durch die Bourgeoisie, die Nahrungsmittelmonopole, Agrarkapitalisten, Banken und ihren kapitalistischen Staatsapparat zu führen. Diesen Kampf werden sie, trotz aller Demagogie der Bourgeoisie, in zunehmendem Maße gemeinsam mit der Arbeiterklasse und allen Werktätigen führen.

AUS DEM VORWORT VON „ALBANIEN HEUTE" NR. 4/76

„In letzter Zeit erschienen in Albanien der 21. und 22. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha. Diese beiden Bände sowie der Anfang Februar erschienene 20. Band enthalten Reden, Gespräche und Schriften des Genossen Enver Hoxha aus dem Jahr 1961. Das Jahr 1961 war ein Jahr heftigen Kampfes innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung. Nachdem die modernen Revisionisten, mit den Chruschtschow-Revisionisten an der Spitze, auf der Moskauer Beratung sehr entlarvt worden waren, intensivierten sie ihre Spaltertätigkeit, die Erpressungen und Drohungen gegen die Parteien, die sich dem Revisionismus widersetzten, besonders gegen die Partei der Arbeit Albaniens. Unter diesen Bedingungen betrachtete es die PAA als erstrangige Aufgabe, ihre korrekte revolutionäre Linie wachsam zu verteidigen und konsequent fortzusetzen. Einen wichtigen Beitrag leistete dazu der 4. Parteitag der PAA, der vom 13. bis 20. Februar 1961 tagte.



Die sowjetische Führung mit Chruschtschow an der Spitze wurde durch die entschiedene, prinzipienfeste marxistisch-leninistische Haltung der Partei der Arbeit Albaniens wütend. Stur ihren antimarxistischen und albanienfeindlichen Weg verfolgend, brach sie alle Abkommen und bereitete die wirtschaftliche, politische und militärische Blockade gegen das sozialistische Albanien vor. Diese Blockade begleitete sie mit einer offenen und verhüllten Tätigkeit, die auf dem 22. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einen Höhepunkt erreichte. Von der Tribüne dieses Parteitags aus griff Chruschtschow die PAA vor aller Welt an und forderte in offen konterrevolutionären Aufrufen dazu auf, das sozialistische Albanien zu vernichten und seine marxistisch-leninistische Führung zu stürzen. Im Dezember 1961 ging Chruschtschow noch weiter. Er ging so weit, die diplomatischen Beziehungen zu Albanien abzubrechen.

Auf unerschütterlichen marxistisch-leninistischen Grundlagen analysierte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede vom 7. November 1961 zum 20. Gründungstag der PAA mit wissenschaftlicher Gründlichkeit die brennenden internationalen Probleme im allgemeinen und die albanisch-sowjetischen Beziehungen im besonderen. Er entlarvte in dieser historischen Rede öffentlich den Verrat der sowjetischen Führer mit N. Chruschtschow an der Spitze, ihre revisionistische und kapitulationistische Linie, die die Spaltung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung sowie die Verschlechterung der albanisch-sowjetischen Beziehungen verursacht hatte.

Obwohl seit der Zeit, da die in diesen Bänden enthaltenen Dokumente geschrieben wurden, 15 Jahre vergangen sind, haben sie große aktuelle Bedeutung für die Kommunisten und alle aufrechten Revolutionäre, weil sie den verräterischen, antimarxistischen und konterrevolutionären Weg erhellen, den die Chruschtschow-Clique der Sowjetunion schon damals eingeschlagen hatte. Sie zeigen gleichzeitig die hohe Reife bei der Anwendung der marxistisch-leninistischen Prinzipien und die Zielstrebigkeit der korrekten revolutionären Linie, die die Partei der Arbeit Albaniens und Genosse Enver Hoxha unerschütterlich auch in den schwierigsten Augenblicken verfolgten, ihre beharrliche Treue zu Volk, Vaterland und Sozialismus, ihre Entschlossenheit, sich keinem Feind und in keiner Situation, sich keinem Druck, keiner Blockade und Erpressung zu beugen, sondern stets mit marxistisch-leninistischer Tapferkeit und marxistisch-leninistischem Mut vorwärts zu schreiten.

Auf die zahlreichen Zuschriften hin bringt die Redaktion der Zeitschrift „Albanien heute" in dieser Nummer einen Teil der Materialien des 20., 21. und 22. Bandes der Werke des Genossen Enver Hoxha, in der Überzeugung, damit den Lesern zu helfen, besser erkennen zu können, wer die revisionistischen Führer der Sowjetunion sind und welcher niederträchtiger Methoden und Mittel sie sich bedienten und bedienen, um ihre Ziele zu erreichen und die Stimmer der Wahrheit zu unterdrücken."

Erhältlich:
– in allen Parteibüros der KPD/ML
– bei der GEWISO, 2 Hamburg 11, Postfach 111649.

Selbstauflösung des Cortes in Spanien

Tarnmänover zur Rettung der Diktatur

Mit großem Trara hat die Cortes, das spanische Ständeparlament, das 1939 von Franco eingesetzt wurde, beschlossen, sich selbst aufzulösen und den Weg freizumachen zu „demokratischen" Wahlen. Die bürgerlichen Regierungen in Westeuropa können sich nicht genugtun über diesen Schritt zur „Demokratie". Die Völker Spaniens freilich wissen es besser: Die zahllosen Verhaftungen in den vergangenen Monaten, die Toten und Verwundeten, die im Kugelhagel der Guardia Civil bei Demonstrationen und Kundgebungen zusammenbrachen, beweisen, daß das neue Regime kein Deut besser ist als Franco selbst.

Für jeden, der aus den Erfahrungen der Geschichte gelernt hat, daß noch kein reaktionäres Regime freiwillig von der Bühne abgetreten ist, klingt es bereits erstaunlich, daß ausgerechnet die spanische Cortes, dieses Instrument, mit dessen Hilfe die spanischen Völker mehr als 30 Jahre lang blutig unterdrückt wurden, sich per Abstimmung selbst auflöste. Sind diese Henker über Nacht vielleicht zu Freunden des Volkes geworden? Bestimmt nicht!

Der Kampf der spanischen Völker für die Revolution erlitt zwar im spanischen Bürgerkrieg eine Niederlage, aber niemals ist es den Faschisten gelungen, diesen Kampf vollständig und endgültig zu erstikken. Auch der Verrat der modernen Revisionisten, die Entartung der Kommunistischen Partei Spaniens, konnte diesen Kampf zwar zurückwerfen, aber nicht auslöschen. Es gibt keinen Zweifel: Heute können die herrschenden Klassen in Spanien, die im Dienste der US-Imperialisten stehen, nicht mehr schalten und walten wie sie wollen, während andererseits die Volksmassen nicht mehr bereit sind zu leben wie bisher, die Unterdrückung und Ausplünderung weiter zu erdulden. Die Werktätigen Spaniens kämpfen heute zusammengeschlossen in der FRAP unter Führung der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten. Sie haben sich um die Republikanische Konvention vereinigt mit dem Ziel, die Diktatur zu stürzen und die Republik zu errichten.

In dieser Lage, den sicheren Untergang vor Augen, setzt die spanische Oligarchie ihre letzte Hoffnung darauf, mit dem Geschwätz von der Einführung der Demokratie die Köpfe der Volksmassen vernebeln zu können. In Wirklichkeit kann von einer „Einführung bürgerlicher Demokratie" keine Rede sein. Die Parlamente, Wahlen und „Volksvertreter", die die spanischen Reaktionäre aus der Trickkiste zaubern, haben keine andere Aufgabe, als den Faschismus unter einer neuen Maske fortzusetzen.

Daß die angebliche „Demokratisierung" nichts anderes ist als ein Manöver, erkennt man schon daran, daß sich für die Völker Spaniens absolut nichts geändert hat. Der US-Imperialismus wurde nicht hinausgeworfen, sondern Juan Carlos sprach jeden seiner Schritte sorgfältig ab mit seinen Oberherren im Weißen Haus, die spanische Regierung will sogar der Nato beitreten. Auch die westeuropäischen Imperialisten verstärken die Ausplünderung der spanischen Völker und bereiten den Eintritt Spaniens in die EG vor. Nach wie vor sitzen die besten Söhne und Töchter der spanischen Völker in den Gefängnissen. Die angebliche Amnestie für politische Gefangene hat nichts daran geändert, daß weiter Revolutionäre und Kommunisten im Gefängnis sitzen, daß ihre Verfolgung unvermindert weitergeht, daß der Kampf um eine Generalamnestie nie aufgehört hat.

Nein, der spanische Faschismus hat sein Wesen nicht verändert, er hat sich nur eine Maske übergestülpt. Die Völker Spaniens wissen: Ein Juan Carlos, der an Francos Todestag Trauerkundgebungen für diesen Massenmörder erlaubt und selbst besucht, ist kein „Demokrat", sondern ein Zögling des Faschismus. Sie werden ihren Kampf fortsetzen bis sie ihr Ziel erreicht haben: die Verjagung des US-Imperialismus, die Zerschlagung der einheimischen Oligarchie und die Errichtung der Föderativen Volksrepublik.

Nach zweieinhalb Jahren Kampf

Berufsverbot gegen R.Groos aufgehoben

Seit fast zweieinhalb Jahren droht dem Lehrerehepaar Horst und Renate Groos aus Reutlingen Berufsverbot, weil sie sich zur KPD/ML bekennen und am Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter Routhier teilgenommen haben sollen. Fast gleichzeitig fanden nun die Verhandlungen vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen statt. Horst Groos, der bereits seit einem Jahr vom Dienst suspendiert ist, darf auch in Zukunft nicht mehr unterrichten. Das Berufsverbot gegen seine Frau Renate jedoch mußte die Bourgeoisie angesichts der breiten Empörung über diesen Angriff auf eine kommunistische Lehrerin zurücknehmen.

Der Fall Horst und Renate Groos ist sicherlich nur einer von sehr vielen Berufsverbotsfällen in unserem Land. Und doch kann man aus diesem mehr als zweijährigen Kampf vieles lernen darüber, wie die Bourgeoisie vorgeht gegen Kommunisten und Revolutionäre, wie sie dagegen ihre Agenten, die modernen Revisionisten, schützt und hätschelt, vor allem aber darüber, wie diesen Angriffen begegnet werden muß.

Mit den widerlichsten und dümmsten Lügen versuchte die Bourgeoisie die Genossen einzuschüchtern und vor allem ihre Schüler und deren Eltern gegen die beiden aufzuwiegeln. Einige dieser Tricks kamen in den Verhandlungen zur Sprache und wurden von den Genossen und der Parteiorganisation am Ort vor aller Öffentlichkeit entlarvt.

– Ein gewisser Herr Scheubert, seines Zeichens IGM-Vertrauensmann und Elternbeiratsvorsitzender, kam zu einem Elternabend nur, um ein Geheimprotokoll für den Staatsanwalt anzufertigen, das nun gegen Renate aufgefahren wurde. Angeblich, so Scheubert, hätten sich Eltern für ihre Entlassung ausgesprochen. In Wirklichkeit wurde ein solcher Satz während des ganzen Elternabends nicht gesagt, im Gegenteil. Auch die Eltern von Renates Schülern setzten sich gegen ihre Entlassung ein. Die Eltern wiesen sein „Protokoll" schriftlich zurück.

– Auch vor Sippenhaft scheut die Bourgeoisie nicht zurück. So fand sich unter dem „Beweismaterial" des Staatsanwaltes eine Aktennotiz, daß Renate von ihrem eigenen Ehemann zu einer Besprechung gefahren worden sei und sich dadurch verdächtig gemacht habe. Abgesehen davon, daß auch das eine Lüge war – die Frau eines Kommunisten muß offenbar entweder zu Fuß gehen oder sich besser gleich scheiden lassen, wenn sie nicht in den Geruch „grundgesetzfeindlicher Tätigkeit" kommen will.

– Besondere Empörung in der Öffentlichkeit hatte die Tatsache ausgelöst, daß hier praktisch eine ganze Familie durch Berufsverbot ihrer Existenz beraubt werden soll, denn ein Lehrer, der aus dem Staatsdienst hinausgeworfen wird, erhält keinen Pfennig Unterstützung. Deshalb setzte Herr Scheubert zusammen mit SPD-Stadtrat Röhm das Gerücht in die Welt, Horst Groos sei ein Funktionär der KPD/ML und verdiene ohnehin mehr als ein normaler Lehrer. Diese Lüge von seiten des DGB-Apparates und der SPD ist umso bezeichnender, als gerade IGM und SPD vor nicht allzulanger Zeit sich stark machten gegen das Berufsverbot gegen einen D„K"P-Lehrer mit der Begründung, er müsse nun praktisch am Hungertuch nagen. Selbstverständlich, daß dieser D„K"P-ler inzwischen an einer anderen Schule weiter unterrichtet.

Auch sonst konnte man überall deutlich sehen, wie klar die Bourgeoisie den Trennungsstrich zieht zwischen wirklichen Revolutionären und den modernen Revisionisten. Ein Spitzel des Verfassungsschutzes sagte z.B. vor Gericht aus, daß die Polizei keineswegs die AP-Stände aller „linken Organisationen" beobachte, sondern nur im Fall „linksextremistischer" Gruppen observiere. Auch die Presse hatte ganz offenbar Anweisungen, diesen „feinen Unterschied" zu beachten: Während im Fall des Berufsverbotes gegen den D„K"P-Lehrer ellenlange Artikel in den örtlichen Zeitungen erschienen, verlor sie über Horst und Renate kaum ein Sterbenswörtchen.

Dennoch gelang es nicht, die breite Solidaritätsfront mit den beiden Genossen zu zerstören, die in zweijährigem Kampf entstanden ist. **Mehr als 2 000 Unterschriften gegen die Entlassung wurden gesammelt. Tausende von Flugblättern wurden in ganz Reutlingen verteilt und fanden breiten Anklang. Zahlreiche Schüler der beiden Lehrergenossen kamen, angespornt durch eine Kundgebung der Partei vor der Schule, zu den Verhandlungen. Zu einer Veranstaltung kurz vor den Prozessen kamen über 50 Menschen, 160 DM wurden gesammelt, eine Mutter meldete sich als Zeuge, um vor Gericht auszusagen, daß sie mit dem Unterricht von Horst Groos zufrieden gewesen sei – eine Aussage freilich, die das Gericht gar nicht anhörte. Und dieser Kampf erlahmte nicht in der langen Zeit von zwei Jahren, sondern wuchs noch an. In der Zeit kurz vor den Gerichtsverhandlungen sammelten die Genossen in einer Woche allein 300 Unterschriften zu den Forderungen: „Weg mit den Berufsverboten! Horst und Renate Groos müssen Lehrer bleiben! Weg mit den Angriffen auf die KPD/ML!"**

Auch wenn es im Fall Horst nicht gelungen ist, den Angriff zurückzuschlagen, so zeigt doch der Sieg, der bei Renate errungen werden konnte, daß dies der einzige Weg ist, erfolgreich gegen die Verfolgungsmaßnahmen der Bourgeoisie vorzugehen.

Die Nachricht über den Erfolg im Kampf gegen das Berufsverbot wurde überall mit Begeisterung aufgenommen. Allerdings darf man keine Illusionen haben, der Kampf wäre nun vorbei. Sicherlich wird die Bourgeoisie Anstrengungen machen, um das Berufsverbot trotzdem durchzusetzen. Aber die Bedingungen für den Kampf sind jetzt noch besser. Viele Menschen haben durch diesen Kampf den reaktionären Charakter des Staates besser erkannt, die Linie der Partei kennengelernt und gezeigt, daß sie bereit sind, an unserer Seite zu kämpfen.

7 Monate Gefängnis für ein Flugblatt



Genosse Martin Peleikis

Im Juli 1975 wurde Genosse Martin Peleikis zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil er presserechtlich verantwortlich für ein (!) Flugblatt der Partei gegen den imperialistischen Krieg und gegen die imperialistische Bundeswehr war. Da der Prozeß bereits vor dem Landgericht stattfand, war keine Berufung mehr möglich. Es blieb nur noch der Weg, eine Revision des Urteils zu fordern. Diese Revision wurde jetzt vor kurzem vom 3. Senat (dem politischen Senat) des Bundesgerichtshofes abgelehnt. Somit muß jetzt auch Genosse Martin Peleikis damit rechnen, in der nächsten Zeit ins Gefängnis zu kommen.

Neuer Angriff der Klassenjustiz gegen Genossen Gernot Schubert

Nur wenige Tage nach dem Urteil von vier Monaten Gefängnis ohne Bewährung gegen die Genossen Gernot Schubert und Dieter Stoll kündigte Staatsanwalt Höhn durch ein Schreiben an Genossen Gernot an, daß er gegen ihn wegen „Widerstand" ein weiteres Ermittlungsverfahren eingeleitet habe. Das ist eine unverschämte Provokation, die nur einem Zweck dient, Genossen Gernot für weitere Monate ins Gefängnis zu bringen.

Die Begründung für ein Verfahren wegen „Widerstand" ist vollständig aus der Luft gegriffen. Der Staatsanwalt behauptet, Gernot habe sich, als er zur Vollstreckung der gegen ihn verhängten Ordnungsstrafe abgeführt werden sollte, heftig gewehrt, dabei einen Polizisten gegen den Kopf gestoßen, so daß diesem die Mütze vom Kopf fiel. In Wirklichkeit waren es die Polizisten, die sich auf Kommando der Richterin Porath auf Gernot stürzten, ihm keine Zeit ließen, seine Sachen einzupacken und seine Jacke anzuziehen und ihn durch die Stuhlreihe der Anklagebank und durch den Sitzungssaal zur Tür im Polizeigriff hinauszerrten, so daß es ihm völlig unmöglich war, seine Arme frei zu bewegen, geschweige denn, jemandem die Mütze vom Kopf zu stoßen.

Wie die WAZ bereits ankündigte, soll gegen Genossen Dieter Stoll, der bei diesem Prozeß, als er zur Vollstreckung der gegen ihn verhängten Ordnungsstrafe abgeführt wurde, brutal mißhandelt wurde, ebenfalls ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden.

BERICHTIGUNG

Im Artikel über den Prozeß gegen den „Roten Morgen" in unserer letzten Ausgabe ist ein Fehler unterlaufen. Das Gericht schloß sich in seinem Urteil nicht dem Antrag der Staatsanwaltschaft an, den Straftatbestand auf „Verächtlichmachung der Bundesrepublik" und „Volksverhetzung" auszudehnen, sondern verurteilte die Genossen allein wegen „Beleidigung".

Offener Brief der KPD/ML an die "Neue Welt" GmbH

Vor einigen Tagen ging den Büros der KPD/ML ein Brief der „Neuen Welt" GmbH, die einen Filmverleih betreibt, zu. Dieser Brief, der eine Reihe falscher Anschuldigungen erhob und vor allem einen gänzlich falschen Eindruck über die politische Haltung der Partei zu dem ausgezeichneten chinesischen Spielfilm „Mit alten Ideen brechen" erweckte, wurde auch als „Offener Brief" in der „Roten Fahne" der GRF (KPD) abgedruckt. In diesem Brief wurde unter anderem der Vorwurf erhoben, die KPD/ML wolle diesen Film „unterschlagen" und seine Aufführung verhindern. Es wurde sogar mit „gerichtlichen Schritten" gedroht. Da die – öffentlich erhobenen – Vorwürfe durchweg nicht der Wahrheit entsprechen, drucken wir hier die Antwort der Partei an die „Neue Welt" ab.

Werte Genossen!

Nehmt zunächst unseren aufrichtigen Dank für den Verleih des Films „Mit alten Ideen brechen" aus der Volksrepublik China entgegen. Er wurde in zwei internen Vorführungen vor Genossen und verantwortlichen Mitgliedern unserer Partei gezeigt und hat große Begeisterung ausgelöst. Dieser Film ist wirklich eine glänzende Realisierung der proletarisch-revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao auf dem Gebiet der Kunst und Kultur, eine aufrüttelnde Kampfansage an den Revisionismus und gestaltet in hervorragender Weise die Rebellion und den Kampf der chinesischen Volksmassen unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas gegen die Handvoll bürgerlicher, den kapitalistischen Weg gehender Machthaber in Partei und Staat.

Es ist außerordentlich verdienstvoll, diesen Film in synchronisierter Fassung auch in unserem Land zugänglich zu machen und ihn unter den Kommunisten, den klassenbewußten Arbeitern und Werktätigen als lebendiges Lehrmaterial für das Verständnis der Fortführung des Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus zu verbreiten.

Bedauerlicherweise sind bei der Rücklieferung des Films an Euch einige Pannen, die zum Teil in unserem Verschulden, zum Teil in objektiven Umständen begründet sind, aufgetreten und haben zu einer Verzögerung der Ankunft des Films bei Euch geführt. So ist nach unseren Informationen, trotz des Bemühens mehrerer verantwortlicher Genossen unserer Partei um eine Beschleunigung der Rückgabe, der Film erst am 15. d. M. bei Euch eingetroffen. Wir bedauern dies außerordentlich. Nehmt bitte unsere Entschuldigung dafür entgegen.

Aus Gründen, die uns weder bekannt noch verständlich sind, führte diese Verzögerung zu einer Reihe Schlußfolgerungen und Reaktionen Eurerseits, deren unverhältnismäßige Heftigkeit uns einigermaßen erstaunt hat. Worauf gründet ihr den – im Grunde ungeheuerlichen – Vorwurf, wir wollten diesen ausgezeichneten Film „unterschlagen" oder unterdrücken? Dies entspricht nicht im geringsten der Wahrheit. Seid versichert, daß wir die Verbreitung dieses Films außerordentlich begrüßen und unterstützen. Wer immer die Verbreitung von „Mit alten Ideen brechen" durch Unterschlagung o. ä. verhindern will – es könnte nur jemand sein, der den Kampf gegen den Revisionismus unterdrücken und diejenigen, gegen die sich dieser Film richtet, unterstützen will. Dazu gehört die KPD/ML keineswegs.

In diesem Zusammenhang laßt uns auch erwähnen und versteht dies richtig, daß wir den Weg eines „offenen Briefes" in der Zeitung „Rote Fahne" nicht für angemessen halten, zumal Ihr doch wußtet, daß mehrere verantwortliche Kader der Partei und Mitarbeiter des Verlags Schneider persönlich sofort Nachforschungen und eine Beschleunigung des Vorgangs versprachen. Als letztes möchten wir auch gerne darauf hinweisen, daß es bei der Erörterung zentraler Angelegenheiten unserer Partei, seien sie politischer oder anderer Natur, nicht üblich und auch nicht zweckmäßig ist, sich an ein oder mehrere oder sogar alle einzelnen regionalen Büros unserer Partei zu wenden. Das hängt damit zusammen, daß für zentrale Angelegenheiten das zentrale Büro zuständig ist, die anderen aber nicht. Politisch gesehen ist der Grund der, daß die Führung unserer Partei, das Zentralkomitee, und die gesamte Partei eine feste, unzertrennliche Einheit bilden, und die verschiedenen örtlichen und regionalen Verbände einschließlich ihrer Büros unerschütterliches Vertrauen in die Führung ihrer Partei haben. Daher kam es, daß all die Briefe, die Ihr dorthin sandtet, unverzüglich nach Dortmund weitergeschickt wurden und sie uns lediglich mit einer Verzögerung von zwei Tagen hier erreichten. Für eine schnelle reibungslose Erledigung unseres Briefverkehrs wäre es also zweckdienlich, uns direkt an die obige Adresse zu schreiben und sich darauf zu beschränken.

Ausgehend von Eurer Aufforderung, „glaubwürdig" unter Beweis zu stellen, daß wir nicht die Unterdrückung des Films „Mit alten Ideen brechen" beabsichtigen, möchten wir Euch abschließend folgenden Wunsch unterbreiten: Die KPD/ML würde gern zu Beginn des nächsten Jahres, wahlweise im Januar oder Februar, eine bundesweite Aufführungsreihe des Films „Mit alten Ideen brechen" organisieren und ihn zu diesem Zweck für mindestens fünf öffentliche Aufführungen von Euch mieten.

Wir wären Euch dankbar, wenn Ihr uns in irgendeiner Form mitteilen würdet, ob dies von Euren Plänen her möglich ist. Wir hoffen dies, da wir hiermit eine rechtzeitige Anmeldung aussprechen und unser Interesse an der Verbreitung des Films ein gemeinsames ist.

Zur Regelung verschiedener geschäftlicher Probleme möchten wir folgendes bemerken: Wir erlauben uns zunächst einmal, den Betrag von 300 DM, den Verleihpreis für zwei Vorführungen, auf Euer Konto zu überweisen. Eine Beteiligung an Einspielergebnissen entfällt dabei, da, wie oben erwähnt, die beiden Vorführungen der Information unserer Partei dienten und nicht öffentlich waren. Solltet Ihr dies für nicht ausreichend halten und auf einer Schadenersatzforderung für die Rückgabe-Verzögerung bestehen – was wir verständlicherweise für bedauerlich hielten – teilt uns bitte Eure Ansprüche schriftlich mit, damit wir darüber beraten können. Wir gehen von der Möglichkeit einer Einigung aus. Ihr versteht vielleicht, daß wir als Kommunisten die Gerichte, wir nennen sie bürgerliche Klassengerichte, ablehnen und nicht einschalten wollen. Vielleicht wißt Ihr aus unserer Zeitung „Roter Morgen", daß unsere Partei die Auffassung vertritt, daß die bürgerliche Klassenjustiz nicht „Recht" spricht, sondern daß wir sie als Unterdrückungsorgane der herrschenden Klasse gegen das Proletariat betrachten. Natürlich wollen wir Euch unsere Einstellung zu dieser Klassenjustiz nicht aufzwingen und können auch nicht verlangen, daß Ihr diesen Standpunkt teilt. Aber natürlich würden wir uns freuen, wenn Ihr ihn berücksichtigt, zumal ja auch unseres Wissens keine schriftlichen Abmachungen bestanden haben, und ein Gerichtsweg schon deshalb zu beschreiten sehr unerfreulich und schwierig wäre. Wir geben daher noch einmal unserer Hoffnung Ausdruck, daß eine Einigung, auch für die Zukunft, im Interesse der Propagierung und Verbreitung der wirklichen proletarisch-revolutionären Filmkunst aus der VR China, zustandekommt. In Erwartung Eurer Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen
Zentralkomitee der KPD/ML

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Zum Programmentwurf: Klassenanalyse

Der Programmentwurf unserer Partei nimmt eine marxistisch-leninistische Analyse der Klassen in der ost- und westdeutschen Gesellschaft vor. Diese Frage ist für den revolutionären Kampf von entscheidender Bedeutung. Der Marxismus-Leninismus und die Geschichte der Arbeiterbewegung lehren, daß ohne eine marxistisch-leninistische Klassenanalyse die Arbeiterklasse im Kampf für die sozialistische Revolution schwere Niederlagen erleidet.

Warum ist die Klassenanalyse so wichtig?

In seiner Schrift „Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft" stellt Genosse Mao Tsetung einleitend fest: ***„Wer sind unsere Feinde? Wer sind unsere Freunde? Das ist eine Frage, die für die Revolution erstrangige Bedeutung hat. Wenn alle bisherigen revolutionären Kämpfe in China nur sehr geringe Erfolge brachten, so lag die Grundursache darin, daß man es nicht vermochte, sich mit den wahren Freunden zusammenzuschließen, um die wahren Feinde zu bekämpfen. Eine revolutionäre Partei ist der Führer der Massen, und keine Revolution ist jemals erfolgreich gewesen, wenn die revolutionäre Partei die Massen auf einen falschen Weg geführt hat. Um sicher zu sein, daß wir die Revolution nicht auf einen falschen Weg führen, sondern unbedingt Erfolg haben werden, müssen wir dafür sorgen, daß wir uns mit unseren wahren Freunden zusammenschließen, um unsere wahren Feinde zu bekämpfen."***

Die grundlegende Aufgabe der Klassenanalyse besteht also darin, Antwort auf die Frage zu geben, wer der Feind der Revolution ist und wer die möglichen Bündnispartner des Proletariats im Kampf für die sozialistische Revolution sind. Durch die marxistisch-leninistische Klassenanalyse ist die kommunistische Partei in der Lage, rechte wie linke Fehler in der Frage der Bündnispolitik zu vermeiden: rechte Fehler, die darauf hinauslaufen, Feinde der Revolution als Bündnispartner zu behandeln, den Kampf gegen sie nicht zu führen und so grundlegende Interessen des Proletariats und der Revolution preiszugeben; linke Fehler, die darin bestehen, mögliche Bündnispartner des Proletariats als Feinde zu behandeln, das Proletariat zu isolieren und die Front der Revolution zu schwächen. Auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen Klassenanalyse kann die kommunistische Partei die Klassenfeinde des Proletariats maximal isolieren und die breiten Massen des werktätigen Volkes im revolutionären Kampf gegen sie zusammenschließen.

Wie können wir erkennen, wer Freund und wer Feind der Revolution ist?

Genosse Mao Tsetung fährt in seiner bereits erwähnten Schrift fort: ***„Um die wahren Freunde von den wahren Feinden zu unterscheiden, müssen wir die ökonomische Lage der verschiedenen Klassen in der chinesischen Gesellschaft und deren jeweilige Einstellung zur Revolution in großen Zügen analysieren."*** Die Frage, wer ein Feind der Revolution ist und wer ein Bündnispartner des Proletariats sein kann, ergibt sich also keineswegs aus irgendwelchen tagespolitischen Konstellationen oder aus dem Verhältnis gewisser Klassen und Schichten zu bestimmten Teilkämpfen. Vielmehr muß man die ökonomische Lage der Klassen und Schichten der Gesellschaft und ihre sich daraus ergebenden objektiven Klasseninteressen analysieren, um daraus ihr Verhältnis zur Revolution zu bestimmen. Das Verhältnis der Klassen und Schichten der Gesellschaft zur Revolution läßt sich nur dann richtig bestimmen, wenn man eine klare Vorstellung vom Charakter und vom strategischen Ziel der Revolution hat. In Ländern, in denen die neudemokratische Revolution, also die Beseitigung der feudalen bzw. halbfeudalen Produktionsweise und der nationalrevolutionäre Kampf gegen den Imperialismus,auf der Tagesordnung steht, nehmen einige Klassen und Schichten eine andere Haltung zur Revolution ein als in einem kapitalistischen Land, in dem die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats das strategische Ziel der Revolution ist. Im ersten Fall kann die nationale Bourgeoisie z.B. Bündnispartner des Proletariats sein, im zweiten aber nicht.

Die marxistisch-leninistischen Prinzipien der Klassenanalyse, wie sie hier vom Genossen Mao Tsetung zusammengefaßt werden, werden vor allem von den modernen Revisionisten geleugnet und angegriffen. Diese Verräter am Kommunismus, die versuchen, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen mit der Ideologie des friedlichen Weges zum Sozialismus vom Kampf für die sozialistische Revolution abzuhalten, müssen natürlich auch die Klassenfronten der kapitalistischen Gesellschaft, vor allem den antagonistischen Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie, verwischen, um dieses Betrugsmanöver „plausibel" erscheinen zu lassen und um ihren vollständigen Verrat am Marxismus-Leninismus, am Kampf der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats mit angeblich neuen Klassenverhältnissen zu „begründen".

Die marxistisch-leninistischen Prinzipien der Klassenanalyse werden aber heute nicht nur von den modernen Revisionisten geleugnet, sondern auch von jener opportunistischen Strömung, die in Portugal durch den Provokateur Vilar und in Westdeutschland durch die GRF (KPD) vertreten wird. Diese Strömung nimmt ebenfalls nicht die Analyse der ökonomischen Lage der Klassen und ihr daraus resultierendes Verhältnis zur Revolution zum Ausgangspunkt, um die Frage zu beantworten, wer ein möglicher Bündnispartner des Proletariats und wer ein Feind der Revolution ist. Stattdessen erhebt sie die Haltung zu den beiden Supermächten (im Grunde sogar ausschließlich die Haltung zum Sozialimperialismus) zum entscheidenden Kriterium. Wie die modernen Revisionisten verwischen sie dabei den antagonistischen Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Dazu verfälschen sie zunächst den Charakter der Revolution in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern. Sie lenken vom strategischen Ziel der Arbeiterklasse, der Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die sozialistische Revolution, ab und rücken die Frage der Kriegsgefahr und der Zerstörung bzw. Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit in den Mittelpunkt. Nur unter diesem Aspekt beurteilen sie dann die Frage, wer ein Feind und wer ein möglicher Bündnispartner des Proletariats ist. Davon ausgehend ist für sie nicht mehr die Bourgeoisie insgesamt ein Feind des Proletariats. Stattdessen teilen sie die Bourgeoisie in zwei Flügel: in den einen Flügel, der angeblich die vom russischen Sozialimperialismus ausgehende Gefahr nicht erkenne und eine Politik des „Paktierertums" gegenüber dem Sozialimperialismus betreibe, und in den anderen Flügel, der „weitsichtig" genug sei, die Gefährlichkeit des russischen Sozialimperialismus zu erkennen, der deshalb gegenüber der Sowjetunion auf eine Politik der „Unnachgiebigkeit" und der „Stärke" dränge. Diesem von ihnen ausgemachten zweiten Flügel der Bourgeoisie verleihen die Sozialchauvinisten das Prädikat „patriotisch" und damit kommt er für sie als Bündnispartner des Proletariats in Betracht.

Es muß von den Klasseninteressen ausgegangen werden

Es zeigt sich, wie wichtig es ist, daß bei der Analyse der Frage, welche Klassen und Schichten Bündnispartner des Proletariats sein können und welche das Lager der Konterrevolution bilden, entsprechend den Lehren des Marxismus-Leninismus von den objektiven Klasseninteressen ausgegangen wird. Sind diese Klasseninteressen in Einklang mit den Klasseninteressen des Proletariats und den Zielen der sozialistischen Revolution zu bringen, dann ist es die Aufgabe der kommunistischen Partei, diese Klassen und Schichten als Bündnispartner an die Seite des Proletariats zu führen. Sind diese Klasseninteressen aber unvereinbar mit den Interessen des Proletariats und den Zielen der sozialistischen Revolution, dann hat die kommunistische Partei die Pflicht, das Proletariat und die Werktätigen darauf vorzubereiten, daß diese Klasse der Revolution als Feind gegenüberstehen wird.

Auf der Grundlage dieser marxistisch-leninistischen Auffassungen werden im Programmentwurf unserer Partei die Klassen der Gesellschaft in der Bundesrepublik und Westberlin und in der DDR analysiert und die Kräfte der Revolution und der Konterrevolution eingeschätzt. Dabei geht der Programmentwurf von folgender grundsätzlichen Feststellung aus:

„In der kapitalistischen Gesellschaft . . . stehen sich zwei Klassen unversöhnlich gegenüber: die Bourgeoisie, die Klasse der Kapitalisten, die die wesentlichen Produktionsmittel besitzen und die ihr Schmarotzerdasein aus dem Profit bestreiten, dessen Quelle die Ausbeutung der Lohnarbeit ist, und das Proletariat, die Klasse der Lohnarbeiter, die selbst keine Produktionsmittel besitzen und so, um leben zu können, gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Zwischen diesen beiden Klassen gibt es keine gemeinsamen Interessen. Während die Existenz der Bourgeoisie unlöslich an die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gebunden ist, erfordern es die Interessen des Proletariats, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die Voraussetzungen für die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft zu schaffen. Der unversöhnliche Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat kann nur durch die gewaltsame sozialistische Revolution gelöst werden.

Die Klassen und Schichten zwischen Proletariat und Bourgeoisie werden in ihrer Gesamtheit als Kleinbürgertum (Kleinbourgeoisie) bezeichnet. Für das Kleinbürgertum ist die schwankende Haltung zwischen Proletariat und Bourgeoisie typisch." (Programmentwurf S. 137)

Die Bourgeoisie – Todfeind des Proletariats

Der Programmentwurf unserer Partei hält fest an der marxistisch-leninistischen Auffassung, daß unter den Bedingungen des Imperialismus, wie sie in Westdeutschland und in der DDR herrschen, wo die Arbeiterklasse unmittelbar für das strategische Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats in der sozialistischen Revolution kämpft, die Bourgeoisie der Todfeind des Proletariats ist, daß die Bourgeoisie in Westdeutschland und in der DDR weder insgesamt noch ein Teil von ihr Bündnispartner des Proletariats sein kann. In Westdeutschland umfaßt die Bourgeoisie die Monopolbourgeoisie und die mittlere Bourgeoisie, in der DDR die neue Monopolbourgeoisie und die neue mittlere Bourgeoisie. Innerhalb der Bourgeoisie gibt es selbstverständlich Widersprüche. Dazu stellt der Programmentwurf fest: ***„Diese Widersprüche sind jedoch für die Strategie des Proletariats und seiner Partei nicht von entscheidender Bedeutung. Die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie treten zurück gegenüber dem Hauptwiderspruch zu ihrem gemeinsamen Feind, dem Proletariat."*** (S. 138)

Der Programmentwurf tritt so allen Versuchen der modernen Revisionisten und anderer Opportunisten entgegen, den antagonistischen Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu verwischen. Das gilt vor allem für die verräterische Propaganda der D„K"P/SEW, das Proletariat müsse sich im Kampf gegen die Monopole mit der „nichtmonopolistischen Bourgeoisie" verbünden. Die Feststellung des Programmentwurfs unserer Partei, daß der weitaus größte Teil der nicht zur Monopolbourgeoisie gehörenden mittleren Bourgeoisie keineswegs unabhängig von der Monopolbourgeoisie ist und in diesem Sinne nicht als „nichtmonopolistische" Bourgeoisie angesehen werden kann, zeigt, daß die revisionistische Propaganda, sich mit der „nichtmonopolistischen" Bourgeoisie zu verbünden, in Wirklichkeit darauf hinausläuft, vor der Bourgeoisie insgesamt zu kapitulieren und den Kampf für den Sturz des Kapitalismus aufzugeben. Der Programmentwurf unserer Partei weist gleichzeitig alle opportunistischen Auffassungen, wie sie z. B. von der GRF vertreten werden, zurück, die darauf hinauslaufen, sich in der DDR gegen den russischen Sozialimperialismus mit der neuen ostdeutschen Bourgeoisie, sei es mit der neuen Monopolbourgeoisie oder mit der neuen mittleren Bourgeoisie, zu verbünden.

Während der Programmentwurf so klar analysiert, daß die Bourgeoisie in beiden deutschen Staaten ein Todfeind der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen ist, betont er zugleich, daß in der DDR der russische Sozialimperialismus der Hauptfeind der sozialistischen Revolution ist und daß in Westdeutschland und Westberlin der USA-Imperialismus nach dem westdeutschen Imperialismus der wichtigste Feind der sozialistischen Revolution ist.

Das Proletariat – Totengräber des Kapitalismus

Wie in jeder kapitalistischen Gesellschaft ist auch in der DDR und in der Bundesrepublik und Westberlin das Proletariat die einzig wirklich revolutionäre Klasse, die deshalb berufen ist, alle anderen Klassen und Schichten des werktätigen Volkes im Kampf für den Sozialismus zu führen. Der Programmentwurf verteidigt entschieden die führende Rolle der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der modernen Revisionisten, die die führende Rolle dadurch zu unterhöhlen suchen, daß sie breiteste Teile des Kleinbürgertums, in erster Linie der Intelligenz, ohne jede materialistische Grundlage der Arbeiterklasse zuordnen. Auf diese Weise versuchen sie, die Klasseninteressen des Proletariats zu verdunkeln, der Arbeiterklasse die Führung des Kleinbürgertums aufzuzwingen, um zu verhindern, daß die Arbeiter konsequent für ihre Klasseninteressen kämpfen und um sie so leichter auf den Weg der vollständigen Unterwerfung unter die Interessen der Bourgeoisie führen zu können.

Der Programmentwurf verteidigt die Rolle des Proletariats als Träger und führende Kraft der sozialistischen Revolution gegen alle Versuche bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologen, der Arbeiterklasse die revolutionäre Kraft abzusprechen und zu behaupten, die Bedeutung der Arbeiterklasse gehe im sogenannten „modernen" Kapitalismus ständig zurück. Dagegen unterstreicht der Programmentwurf, daß die Arbeiterklasse nicht nur nach wie vor die zahlenmäßig stärkste Klasse der Gesellschaft ist, sondern daß sie auch weiterhin quantitativ wächst und an Bedeutung gewinnt. Heute muß man zum Proletariat auch die unteren Angestellten rechnen, deren Arbeits- und Lebensbedingungen in den großen Warenhäusern, Großbanken, Versicherungen, Schreib- und Zeichensälen sich denen des Proletariats inzwischen angeglichen haben.

Der Programmentwurf unterstreicht, daß das Industrieproletariat der revolutionärste Teil der Arbeiterklasse, der führende Kern des Proletariats ist, der aufgrund seiner Arbeits- und Lebensbedingungen und der dadurch geschmiedeten Eigenschaften und Fähigkeiten in der Lage ist, den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie am konsequentesten und erfolgreichsten zu führen.

– Anzeige –

Bestellt den Programmentwurf der KPD/ML

Aus dem Inhalt

- Der Kapitalismus, sein Wesen, sein notwendiger Untergang;
- Die allgemeine Krise des Kapitalismus und die Entwicklung der Weltrevolution;
- Das Endziel: der Kommunismus;
- Der Sozialismus;
- Die Agenturen des Kapitals im Lager der Arbeiterklasse;
- Grundlagen der Revolution in Deutschland;
- Der Weg zum Ziel;
- In der siegreichen Revolution wird die Arbeiterklasse folgendes Programm verwirklichen . . .

188 Seiten, kartoniert, Preis: 4,00 DM

Bestellungen an: **GEWISO-Buchvertrieb**, 2 Hamburg 11, Postfach 111649.

Der Weg der Partei

PROGRAMM DER KPD/ML (Entwurf)

Die werktätigen Bauern – engster und wichtigster Bündnispartner des Proletariats

Die modernen Revisionisten, die Trotzkisten und die Opportunisten verschiedener Schattierungen arbeiten auf die Schwächung der Kräfte der Revolution hin, indem sie versuchen, die Arbeiterklasse von ihrem engsten und natürlichen Bündnispartner, der werktätigen Bauernschaft, zu trennen. Gegen diese Versuche, Schichten des städtischen Kleinbürgertums an die Stelle der werktätigen Bauern zu setzen, verteidigt der Programmentwurf unserer Partei die Auffassung, daß die kleinen und mittleren Bauern, in der DDR die Genossenschaftsbauern, nach wie vor der nächste und im Kampf entschlossenste Bündnispartner des Proletariats sind: ***„Auch heute gilt voll und ganz, daß nur das Klassenbündnis der Arbeiterklasse mit den kleinen und mittleren Bauern imstande ist, die Bourgeoisie zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen."*** (S. 147) Mit dem Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft unter der Führung der Arbeiterklasse als Kern können heute die breiten Massen des werktätigen Volkes im Osten und Westen unseres Landes im Kampf für die sozialistische Revolution zusammengeschlossen werden. **Die sozialistische Revolution entspricht den objektiven Interessen der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes.**



Über 30 000 Menschen kämpften in Brokdorf gegen den Bau des Atomkraftwerks. Mit brutaler Gewalt versuchte die Polizei diesen revolutionären Kampf der Massen zu unterdrücken. Die Partei unterstützte die Bevölkerung und stand an der Spitze dieses Kampfes.

November im Bild



Bei ihrem Einsatz gegen die Demonstranten verletzte die Polizei 500 Menschen, darunter zwei lebensgefährlich. Einer von ihnen ist Genosse Bernd Woitalla, Roter Betriebsrat bei HDW in Kiel. Ihm wurde durch einen gezielten Steinwurf der Polizei auf den Kopf das Gehirn verletzt.



Trotz der massiven Angriffe der Polizei mit gefährlichem Tränengas, Hunden, Pferden und Knüppeln, Wasserwerfern, Panzerwagen und Hubschraubern ließ sich die Bevölkerung nicht einschüchtern, sondern kämpfte entschlossen weiter, bis ein geordneter Rückzug, zu dem die Partei aufgerufen hatte, durchgeführt wurde.



Der 7. Parteitag war ein großartiger Erfolg für das albanische Volk und für alle revolutionären Menschen. Der Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha über die Tätigkeit des ZK wurde begeistert begrüßt. Aus Anlaß des 7. Parteitages der PAA führte die Partei in vielen Orten Veranstaltungen durch. Das Bild zeigt den AP-Trupp der Partei in Kiel während der Veranstaltung.



Am 1. 11. begann in Tirana, der Hauptstadt Albaniens der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens zu dem u. a. auch eine Delegation der KPD/ML unter Leitung des Genossen Ernst Aust eingeladen war. Das Bild zeigt Genossen Ernst Aust während seiner Rede auf dem Parteitag.





Auf der Veranstaltung zum 7. Parteitag der PAA in Dortmund stellte Genosse H. D. Koch den Programmentwurf der KPD/ML vor, der jetzt in allen Parteibüros und beim GEWISO-Buchvertrieb zu erhalten ist. Dieser Programmentwurf wird auf dem 3. Parteitag der KPD/ML verabschiedet werden.



Überall im Land beginnt die Partei jetzt damit, durch Veranstaltungen, Arbeitertreffs, Propagandastände usw. den Programmentwurf unter den Menschen bekannt zu machen. Bild: Stand in Dortmund-Huckarde, bei dem besonders auf den Programmentwurf hingewiesen wurde.

Aus aller Welt

MEXICO

In der Region Sonora haben in der vergangenen Woche Tausende bewaffneter Bauern mit ihren Familien zigtausende Hektar Land von Großgrundbesitzern besetzt und die Enteignung gefordert. Das Land hatten zuvor 72 Großgrundbesitzer beherrscht. Da selbst nach der mexikanischen Verfassung nur ein Grundbesitz von höchstens 100 Hektar bewässertem Land zulässig ist, mußte die mexikanische Regierung der Forderung der kämpfenden Bauern nachgeben. Das Land soll jetzt an 8 037 bäuerliche Familien aufgeteilt werden.

PERU

Aus Protest gegen die reaktionäre Land„reform" der peruanischen Regierung haben 300 Landarbeiter staatliche Angestellte vorübergehend festgehalten. Als die Polizei daraufhin führende Kämpfer unter den Landarbeitern verhaftete, stürmten die Landarbeiter das Polizeigebäude. Die Polizei ging gegen die Arbeiter außerordentlich brutal vor: Sie schoß in die anstürmende Menge. Fünf Landarbeiter wurden von den Kugeln der Polizei tödlich getroffen. Doch die Bauern führten einen mutigen Kampf. Zwei Polizisten fanden dabei ihr gerechtes Ende: Sie wurden von den Landarbeitern niedergestreckt.

ISRAEL

Zwei Jahre, nachdem die israelischen Zionisten aus der UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur faktisch ausgeschlossen worden waren, haben sie mit Hilfe der Imperialisten erneut Wege gefunden, um die Mitgliedschaft in der UNESCO zurückzuergattern. 1974 hatte die Generalkonferenz der UNESCO mit Mehrheit beschlossen, daß die israelischen Zionisten in keiner der Regionalgruppen der UNESCO mehr arbeiten dürfen. Als jetzt aber am 8. November ein Sonderausschuß der UNESCO beschloß, daß die fünf Regionalgruppen künftig über die Aufnahme von Mitgliedern in ihre Gruppe selbst entscheiden, wurden die israelischen Zionisten, die weder in der asiatischen noch der afrikanischen Gruppe aufgenommen worden wären, kurzerhand von den europäischen Imperialisten in deren Gruppe aufgenommen – wenngleich Israel so wenig zu Europa gehört wie Dänemark zu den arabischen Ländern. Die europäischen Imperialisten erwiesen sich damit erneut als erbitterte Feinde des Befreiungskampfes der arabischen Völker. Besonders schändlich war die Rolle der revisionistischen Länder und vor allem des russischen Sozialimperialismus. Sie stimmten nicht gegen die Aufnahme, verhalfen so den israelischen Zionisten zur Mitgliedschaft. Hinterher allerdings stimmten sie ein großes Geschrei an, um zumindest den Schein zu wahren. Sie sind ebenfalls geschworene Feinde der arabischen Völker.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten setzten ihre Aktionen gegen die britischen Besatzer und die reaktionären Elemente weiter fort. Es wird berichtet, daß es in den letzten Tagen zu einer Anzahl heftiger Zusammenstöße zwischen den britischen Besatzungstruppen und Verbänden der nordirischen Patrioten kam. Zahlreiche britische Soldaten wurden dabei getötet oder verwundet. So griff am 11. November ein Verband nordirischer Patrioten eine britische Militärstreife in einem Wohnviertel von Derry an. Ein Soldat der Streife wurde getötet. Die Patrioten stellten außerdem den Feinden auf der Autostraße zwischen Kilrea und Garvagh einen Hinterhalt. Durch die von ihnen gelegten Minen wurde ein Militärfahrzeug der britischen Besatzer in die Luft gejagt und einige darauf befindliche britische Besatzer wurden getötet oder verwundet.

ITALIEN

Hunderttausende Arbeiter der verschiedenen Wirtschaftszweige Italiens haben sich in den letzten Tagen zu Streiks und mächtigen Demonstrationen erhoben. In den Gebieten Campania, Abruzzen, Ligurien und Alto Adige forderten die Arbeiter die Überprüfung der Arbeitsverträge und eine Beendigung der Entlassungen. Im Gebiet von Lacio demonstrierten die streikenden Arbeiter der Maschinenbauindustrie, um gegen die volksfeindlichen Wirtschaftsmaßnahmen zu protestieren, wie zum Beispiel gegen die jüngsten Preis- und Steuererhöhungen. Auch Hunderte Studenten und Schüler solidarisierten sich mit den Arbeitern. Aus Protest gegen die wilde kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung legten die Arbeiter der Gebiete Friuli, Venedig und Giulia die Arbeit nieder und marschierten durch die Straßen der Städte. Sie forderten unter anderem den sofortigen Wiederaufbau der vom Erdbeben beschädigten Häuser in diesen Gebieten. Von Bedeutung ist auch der allgemeine Streik von 400 000 Eisenbahn-, Post- und Telefonangestellten. Dieser verstärkte Klassenkampf der italienischen werktätigen Massen ist Ausdruck ihrer Entschlossenheit, sich gegen die wilde kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr zu setzen.

JORDANIEN

Das reaktionäre Regime Jordaniens öffnet immer mehr Tür und Tor für das Eindringen des westlichen Monopolkapitals wie dem amerikanischen, englischen, westdeutschen usw. Als Gegenleistung beliefern diese das Hussein-Regime mit Waffen und anderem Kriegsmaterial. Daneben legt auch das sowjetische Kapital immer mehr seine Klauen auf Jordanien. Das zeigte sich besonders deutlich nach dem Besuch von König Hussein in Moskau. Dabei wurden zwischen ihm und den Kremlchefs eine Reihe Abkommen über sowjetische Kapitalinvestionen in Jordanien abgeschlossen. Wenige Tage darauf traf in Amman eine Gruppe sowjetischer Experten für Erdölschürfungen ein. Laut Agenturmeldungen schürfen diese Experten des russischen Sozialimperialismus im Osten des Landes nach Erdöl.

SUPERMÄCHTE

Am Donnerstag ging in Wien die 118. Plenarsitzung des Kuhhandels zwischen den Vertretern des aggressiven Nato-Pakts und des Warschauer Pakts über die sogenannte „ausgewogene Reduzierung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa" zu Ende. Schon bei den früheren Sitzungen wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet, die die beiden Seiten als Ausdruck des guten Willens hochjubelten, irgendein Abkommen zu erreichen. Aber genau zu der Zeit, da die Verringerung der Truppen und Ausrüstungen von Moskau und Washington vorgeschlagen worden sind, haben die beiden imperialistischen Supermächte, die die beiden aggressiven Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt lenken, im Zentrum des europäischen Kontinents neue zahlreiche Truppen und Rüstungen stationiert. Heute hat der aggressive Nato-Block in Mitteleuropa 625 000 Mann Truppen, über 7 000 Panzer, 2 300 taktische Flugzeuge und mehr als 7 000 atomare Sprengsätze. Der Warschauer Pakt wiederum verfügt dort über 895 000 Mann Truppen, 19 000 Panzer, 2 900 taktische Flugzeuge und über 3 000 atomare Sprengsätze.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus'' (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Iran

TOUFAHN

ORGAN DE L' ORGANISATION MARXISTE-LENINISTE IRANIENNE

PROLETAIRES DE TOUS LES PAYS, NATIONS ET PEUPLES OPPRIMES, UNISSEZ-VOUS! N°

Interview mit der KP der Philippinen

"Im Meer des Volkskrieges wird die Marcos-Clique ertrinken!"

Als erstem Ausländer gelang es einem Sympathisanten unserer Partei, das nachfolgende Interview mit führenden Genossen unserer Bruderpartei auf den Philippinen, der Kommunistischen Partei der Philippinen, zu führen. Das Gespräch fand im Mai und Juni dieses Jahres auf Zentralluzon statt. Wir haben das Interview leicht gekürzt, die Zwischenüberschriften und Hervorhebungen stammen von uns. Ein zweiter Teil wird in einer der nächsten Ausgaben des „Roten Morgen" folgen.

Seit 1965 regiert auf den Philippinen, gestützt auf die Bajonette des USA-Imperialismus, Präsident Ferdinand E. Marcos. Im September 1972 unterwarf er die Inseln einer faschistischen Militärdiktatur, verhängte das Kriegsrecht, legte den Massenmedien den Maulkorb um, verbot politische Versammlungen, jagte den Kongreß zum Teufel und ließ Streiks der Arbeiter und Bauern in Stadt und Land durch Gewehrsalven beenden. Kampflos hat das philippinische Volk diese Terrorherrschaft nie hingenommen. Geführt von der um die Jahreswende 1968/69 auf marxistisch-leninistischer Grundlage neu gegründeten KP der Philippinen, haben sich die Volksmassen in Stadt und Land zum bewaffneten Volkskrieg erhoben. Heute bilden die Partei, die von ihr befehligte „Neue Volksarmee" und die von ihr geschaffene „Nationale Einheitsfront" die drei Hauptwaffen zur Errichtung einer volksdemokratischen Herrschaft. Nur auf diese Weise können der USA-Imperialismus, der einheimische Feudalismus und die Kompradoren der Wallstreet besiegt und dem Land wahre Unabhängigkeit, nationale Integrität und Demokratie gebracht werden.

Frage: Genossen, zunächst gebührt euch der Dank für das Zustandekommen dieses Gesprächs. Die verschärften illegalen Bedingungen, unter denen ihr arbeitet, die Anforderungen des Kampfes in ideologischer, politischer, organisatorischer und militärischer Hinsicht gebieten es, sich auf das wesentliche zu beschränken. Was zwang Marcos zur Verhängung des Kriegsrechts? Welche Vorkehrungen sind vor dem September 1972 seitens der Partei getroffen worden?

Antwort: Die Verhängung des Kriegsrechts bedeutete die Aufrichtung der unverhüllten faschistischen Terrorherrschaft. Jegliche vormals nach amerikanischem Muster inszenierten scheindemokratischen Rangeleien im Kongreß wurden abgewürgt, da einige in ihm vertretene Elemente der Nationalbourgeoisie offen – nicht selten in demagogischer Weise – die Revision des Laurel-Langley-Abkommens, das 1974 auslief, forderten und die Überprüfung der von den US-Imperialisten auf ihren riesigen Militärbasen (z.B. Clark Air Base, Subic Naval Base, Sangley Point) genossenen exterritorialen Rechte verlangten. (Am 15. Dezember 1954 wurde das Laurel-Langley-Abkommen unterzeichnet, durch welches sämtliche Geschäftshandlungen der US-Imperialisten auf den Inseln dem „Gleichheitsgrundsatz" unterworfen wurden. Es zementierte die Rolle der Philippinen als Rohstofflieferant für die USA und des Importeurs ihrer Fertigprodukte. Dabei wurde den US-Imperialisten die Kontrolle über das philippine Geldsystem verliehen. – RM) Den wahren Grund für die Ausrufung des Kriegsrechts ließ Marcos indes in seiner am 23. 9. 72 über Funk und Fernsehen gehaltenen Rede durchblicken, als er dessen Notwendigkeit mit dem „bedrohlich fortschreitenden" Einfluß unserer Partei und der „Neuen Volksarmee", mit der Erweiterung unserer Massenbasis begründete. Natürlich hatte auch er seine „Reichstagsbrand"-Legende parat, indem er die sich im Großraum Manila seit Mitte 1971 häufenden Bombenanschläge uns in die Schuhe zu schieben versuchte. Die daraufhin eingesetzten Untersuchungskommissionen wurden gezwungen, ihre Arbeit unverzüglich einzustellen, als sich in einem Falle herausstellte, daß ein Militär im Range eines Feldwebels der reaktionären Streitkräfte einen Bombenanschlag verübt hatte. Angesichts der wachsenden Demonstrations- und Streikwelle in Stadt und Land – das unter dem Vorgänger von Marcos, Diosdado Macapagal, erlassene Agrarreformgesetz hatte nicht einmal 1% der Pächter Verbesserungen ihrer erdrückenden Lebensbedingungen beschert; durch fortgesetzte Preiserhöhungen für lebensnotwendige Güter um nicht weniger als 100% bei gleichzeitiger 30%iger „Lohnanhebung" für Industriearbeiter im Großraum Manila hatte sich das Proletariat zur Wehr gesetzt – blieb Marcos als Rettungsanker nur faschistischer Terror. Er konnte sich dabei auf keine Massenbewegung stützen, sondern war auf die unmittelbare Hilfe des Pentagon angewiesen.

Als marxistisch-leninistische Partei, die der Aufgabe verpflichtet ist, als höchste Klassenorganisation des Proletariats den bewaffneten Volkskrieg siegreich zu führen, waren wir selbstverständlich über die Entwicklungen, die der Ausrufung des Kriegsrechts vorangingen, auf dem laufenden. Führende Kader sind rechtzeitig untergetaucht und nur relativ wenige unserer Genossen konnten gefangengenommen werden. Bei Untersuchungen über die Inhaftierung dieser Genossen mußten wir allerdings feststellen, daß auf unserer Seite Fehler gemacht wurden. Gegenüber jungen, frisch zur Partei gestoßenen Menschen seit Beginn des Jahres 1972 ist an einigen Orten ungenügende Aufklärungsarbeit über die Methoden des Kampfes unter illegalen Bedingungen betrieben worden. Das führte dann zur Unterschätzung des Feindes. Dieser seinem Wesen nach rechte Fehler – eine Unterschätzung des Feindes führt zwangsläufig zu einer Preisgabe des Kampfes, da man meint, auf dem Wege von wie auch immer gearteten Packeleien sich mit ihm ins Einvernehmen zu setzen, wie dies übrigens die Geschichte der alten revisionistischen KP Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre bewies – ist durch ein vom Zentralkomitee verfaßtes Ausrichtungspapier zur Führung des Kampfes unter illegalen Bedingungen korrigiert worden.

Die Drahtzieher sitzen in Washington

Frage: Seitens des US-Imperialismus war das Kriegsrecht also eine konterrevolutionäre Präventivmaßnahme. Selbst die wegen ihrer Informationsfreudigkeit keinesfalls bekannte US-Botschaft in Manila veröffentlichte noch im Frühjahr 1971 ein Bulletin, in dem immerhin von einer 300%igen Rendite bei US-Investitionen in eurem Lande gesprochen wurde. Nach offiziellen amerikanischen Statistiken kommt man zu dem Schluß, daß die Profit-Durchschnittsrate der hier ansässigen US-Monopole um 25% über den von ihnen in anderen Überseeländern eingestrichenen Gewinnen liegt. Wie sieht die gegenwärtige US-Unterstützung für das Marcos-Regime konkret aus?

Antwort: Die von dir genannten Zahlen sind richtig. Doch, wie wir wissen, sind diese Zahlen frisiert. Allein die Zentralbank in Manila stellte fest, daß jeder investierte Dollar für die US-Firmen fünf Dollar abwerfe.

Allein Regierungsquellen zufolge wurden Manila im Zeitraum von 1946 bis 69 von amerikanischer Seite ca. 530 Mio. an direkter Militärhilfe gewährt. Seit 1972 ist die US-Militärhilfe verdoppelt worden. Mehr als zwei Bataillone (annähernd 800 Mann – RM) wurden bereits Anfang 1973 auf die Insel Panay abkommandiert und seit Herbst 1973 flog die US-Luftwaffe die ersten Napalmeinsätze auf der Insel Mindanao. Vergessen wir nicht, daß immer noch mehr als 22 000 US-Soldaten auf unserem Territorium stehen, deren militärische Einrichtungen die meist angelaufenen Reparatur- und Nachschubbasen während des Aggressionskrieges gegen die Völker Indochinas darstellten. Man kann sie nicht „wegverhandeln". Nur indem wir den Weg der indochinesischen Völker gehen, wird das Problem der US-Militärbasen gelöst.



Slum in Manila: Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend – das ist das wahre Gesicht der „Neuen Gesellschaft" des faschistischen Diktators Marcos.

Kugeln statt Brot

Frage: Genossen, für die westdeutschen Arbeiter und Werktätigen ist es wichtig, etwas über die Lebensbedingungen ihrer philippinischen Klassenbrüder und Kollegen zu erfahren. Die bürgerliche Presse in Westdeutschland ist da nicht sehr gesprächig.

Antwort: Da wird Westdeutschland wohl nicht alleine dastehen. Wir möchten dir hier lediglich zwei Beispiele mitteilen, wie sich die soziale Lage unseres Volkes unter den Kriegsrechtsbedingungen verschlechtert hat. Nehmen wir das Präsidentendekret Nr. 143. Es beinhaltet eine Kürzung der allgemeinen Lohnzahlungen. Durch dieses Dekret ist der Arbeitstag bzw. die Arbeitswoche verlängert und der Lohn für geleistete Überstunden verringert worden. Es gestattet nicht nur die reguläre Sonntagsarbeit. Es erlaubt den Kapitalisten, sowohl die Bezahlung von Überstunden als auch von Sonntagsarbeit zu verweigern. Sollten sich die Arbeiter dagegen zur Wehr setzen, drohen

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

ihnen laut Generalbefehl Nr. 5 lange Haftstrafen. Ferner gewährt das Präsidentendekret Nr. 143 den Arbeitern eine nur 24stündige Ruhepause pro Woche und setzt den Lohn für Überstunden auf die reguläre Bezahlung zuzüglich 25% fest. Sämtliche Errungenschaften wie die 40-Stunden-Woche sowie die Bezahlung von geleisteten Überstunden zum üblichen Lohn plus 50%, die von uns im Laufe langwährender Kämpfe durchgesetzt worden sind, wurden per Dekret in den Mülleimer geworfen.



Eine Sanitäterin versorgt Kämpfer der Neuen Volksarmee.

Abschließend heißt es in diesem Dekret (Nr. 148 – RM) zwar, daß erst Jugendliche ab 14 Jahren – und nicht wie vordem als Zwölfjährige – in Arbeitsverhältnisse treten können. Doch die ehemals, zumindest auf dem Papier stehenden Kontrollen zur Verhütung von Ausbeutung durch Kinderarbeit, sind gänzlich fortgefallen. Sie wird also geradezu ermuntert. Überdies hat Marcos mindestens 500 000 Arbeiter und Werktätige „wegrationalisiert". Unter dem Deckmantel der Lösung des Arbeitslosenproblems mittels Erschließung „arbeitsintensiver" Projekte hat Marcos wiederholt angekündigt, daß er die Löhne für die im infrastrukturellen Sektor beschäftigten Werktätigen senken will. Ein derartiger Schritt würde eine Wiederbelegung der feudal-kolonialen Methode der Zwangsarbeit bedeuten, die, auch darüber ließ er sich ungeniert aus, auf lange Sicht mit Sträflingsarbeit verbunden werden soll. Zum Abschluß eine Zahl der Zentralbank, aus der deutlich wird, wie sich die sozialen Bedingungen des Proletariats und der anderen Werktätigen unter der von Marcos so getauften „Neuen Gesellschaft" verschlechterten: Betrug der Lohnindex im Großraum Manila im Herbst 1972 100, so war er bereits genau drei Jahre später auf 67,8 abgesackt! Nicht berücksichtigt sind dabei die Inflationsraten. Allein 1973 wurde ebenfalls nach Berechnungen der Zentralbank eine 40%ige Inflationsrate verzeichnet. Die NEDA (Nationaler Wirtschafts- und Entwicklungsrat) sprach gar von über 44%. Die Proklamation Nr. 1081 (durch die das Kriegsrecht verhängt wurde – RM) ist von Marcos in Anlehnung an die ehemals im faschistischen Italien und Deutschland (bei euch nannte sich das ja „Deutsche Arbeitsfront") entwickelten Arbeiterorganisationen mit zwangskorporativem Charakter erlassen worden. Danach tritt er selbst als Haupt der „nationalen und wirtschafts- und entwicklungspolitischen Autorität" in Erscheinung und ihm fällt die Rolle des Sachverwalters von Arbeitskonflikten zu. Jedem klassenbewußten Arbeiter und Werktätigen, jedem revoltierenden Kleinpächter, Landarbeiter, ja, allen „streikwilligen Elementen" ist ein unerbittlicher Kampf angesagt worden.

Natürlich haben wir diese Maßnahmen nie kampflos hingenommen. Noch kürzlich haben ca. 10 000 Menschen unter unserer Führung in Tagum auf Mindanao die Tradition des 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse hochgehalten.

Frage: Ihr habt in eurem „Programm für eine volksdemokratische Revolution", das am 26. Dezember 1968 verabschiedet worden ist, u.a. festgestellt, daß der Kampf für Volksdemokratie unter Führung des Proletariats steht, die Bauernmassen indes die Hauptmacht der revolutionären Bataillone darstellen. Es hieß in diesem Programm ferner: Das Bauernproblem, d.h. das Landproblem, ist das Hauptproblem der volksdemokratischen Revolution.

Antwort: Die aus Manila verordneten Landreformgesetze haben allesamt Schiffbruch erlitten. Vom Beelzebub, dem Prinzen der Teufel kann man ja schließlich nicht erwarten, daß er mit der segnenden Hand eines Erzengel Gabriel zum Feuerlöscher greift, um die Höllenflammen zu ersticken. **Da die politische Macht des Imperialismus und der Marcos-Clique im Hinterland am schwächsten ist, gilt es, hier die bewaffneten Volksstreitkräfte gegen die reaktionären Truppen einzusetzen.** Im Hinterland richtet sich die Aufmerksamkeit auf die armen Bauern, die unteren Mittelbauern sowie sämtliche hier konzentrierte proletarische und halbproletarische Kräfte, wobei die Mittelbauern für die Sache der Revolution gewonnen, die reichen Bauern politisch neutralisiert, lokale Tyrannen liquidiert und so die Eckpfeiler des Feudalismus zum Einsturz gebracht werden. Es ist eine unerschütterliche Erfahrung, daß das Proletariat mit seinem engsten Verbündeten, den Bauern, ausgeprägte und natürliche Verbindungen unterhält. Die meisten Arbeiter entstammen Bauernfamilien. Wann immer Arbeiter streiken, sind es die Bauern, die sich ihnen als erste fest anschließen. Und umgekehrt sind es die Arbeiter, die den Kampf der Bauern gegen die Großgrundbesitzerklasse tatkräftig unterstützen.

ANG Bayan

PAHAYAGAN NG PARTIDO KOMUNISTA NG PILIPINAS
PINAPATNUBAYAN NG
MARXISMO – LENINISMO – KAISIPANG MAO TSETUNG

Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Philippinen

Genosse Amado Guerrero, der Vorsitzende des Zentralkomitees unserer Partei, hat bereits 1971 folgendes festgestellt: „Der antifeudale Kampf – alle Analysen selbst bürgerlicher Politiker sowie die von unserer Partei unternommenen von-Dorf-zu-Dorf-Untersuchungen beweisen, **daß die feudale Produktionsweise im Lande vorherrschend ist und eine kapitalistische Wirtschaft lediglich auf Großplantagen existiert – beinhaltet notwendig die Durchführung des bewaffneten Volkskrieges, welcher gleichzeitig ebenso notwendig ein antiimperialistischer Kampf ist. Nur durch die Mobilisierung der Bauernmassen können die größten und mächtigsten Sturmbataillone im Kampf gegen den US-Imperialismus und dessen soziale Basis, den einheimischen Feudalismus, geführt werden. Dies setzt die Notwendigkeit der revolutionären Lösung des Landproblems voraus. Der US-Imperialismus wird durch die fortschreitende Erschütterung des Feudalismus durch den bewaffneten Volkskrieg gezwungen, noch offener zu intervenieren, was zwangsläufig zur Verschärfung des gegen ihn gerichteten revolutionären Kampfes führen wird.**" Diese wissenschaftliche Feststellung ist durch die Ereignisse der vergangenen Jahre vollauf bestätigt worden.

Das alte aus dem Jahre 1963 stammende Landreformgesetz wurde durch die Generalsbefehle Nr. 2 und 27 vom 25. September 1972 bzw. 21. Oktober 1972 durch ein neues „Gesetz über die Agrarreform" abgelöst. Nach diesem Gesetz können Pächter bis zu sieben Hektar Land erwerben mittels eines ihnen von der Landbank ausgestellten Landüberschreitungszeugnisses. Innerhalb von 15 Jahren (pro Jahr etwa 3 000 Pesos) müssen die Kosten vollständig abgetragen sein, da andernfalls das betreffende Land an die von den „ehemaligen" Besitzern kontrollierte Landbank zurückgeht. Bedenkt man, daß die Jahresraten gleich dem bzw. noch unter dem durchschnittlichen Jahreseinkommen auf den Philippinen (ca. 400 US-Dollar) sind, so wird ersichtlich, um welche Reform es sich hier handelt.

Nach dem neuen Gesetz müssen die Pächter 25% der Ernteerträge nebst allen anderen anfallenden Ausgaben (Pestiziden etc.) auf der Berechnungsbasis der Ernten der letzten drei Jahre vor der Verhängung des Kriegsrechts selbst bezahlen. Gemäß des Generalbefehls Nr. 27 beträgt der Preis für den Kauf eines Hektars Reislandes 2,5 mal dem Wert, der innerhalb der vorangegangenen drei Jahre erzielten Ernten. Außerdem muß der Käufer 6% Zinsen über eine Laufzeit von 15 Jahren abzahlen. Bei drei Hektar bewässerten Reislandes (selbst Regierungsstellen sahen sich gezwungen zuzugeben, daß von den sieben möglichen Hektar, die ein Pächter erwerben kann, allenfalls drei als fruchtbar und ertragsreich eingestuft werden können) mit zwei jährlichen Ernten von durchschnittlich 50 kaban (1 kaban ca. 26 kg – RM) pro Hektar, werden jährlich 300 kaban produziert. Der Preis pro kaban Reis wird laut offiziellen Regierungsstellen mit 25 Pesos veranschlagt, was zusammen 7 500 Pesos pro Jahr ausmacht. Diese Summe, wenn mit 2,5 multipliziert, ergibt 18 750 Pesos, während die im Zeitraum von 15 Jahren aufzubringenden Zinsen allein 16 875 Pesos betragen. In einem Jahr müßte folglich ein Pächter Belastungen in Höhe von mindestens 2 375 Pesos tragen, die dieser niemals und unter keinerlei Umständen aufbringen kann. Pro Hektar müßte ein Pächter folglich 6 250 Pesos (Zinsen nicht eingerechnet) aufbringen. Mit Zinsen betrüge der Hektarpreis gar 11 875 Pesos . . .

Frage: Ich erinnere mich, daß die Landbank zwischen 1966 bis 71 – also zur Zeit des alten Landreformgesetzes – nur 4 149 Pesos pro Hektar bezahlte. Dem „Jahrbuch der philippinischen Statistik" von 1969 ist gar zu entnehmen, daß der Hektarpreis für verkauftes Land (dasjenige in den Städten einbezogen) lediglich 627 Pesos betrug. Marcos hat gar nicht so unrecht, wenn er von der „Neuen Gesellschaft" spricht, neu in dem Sinne, daß sich die Ausbeutergesellschaft auf dem Lande heute noch mehr als zuvor auf Kosten der Pächter bereichert . . .

Antwort: Richtig. Vergegenwärtigt man sich, daß 715 000 Pächtern nur 1,5 Mio. Hektar Land zur Verfügung stehen, so nimmt sich das Gerede vom Besitz eines sieben Hektar umfassenden Grundbesitzes für Pächter als Hohn aus. Überdies werden die riesigen Zuckerplantagen von diesen „Neuerungen" nicht betroffen – lediglich Reis- und Maisland.

Frage: Was ist aus den von Marcos so heftig attackierten „korrupten Großgrundbesitzern" geworden? Die haben doch gewiß nicht ohne Aufmucken den Hut genommen.

Antwort: Gewiß nicht. Zunächst einmal möchten wir darauf hinweisen, daß Großgrundbesitzer auch unter den Bedingungen des Generalbefehls Nr. 27 einer „Aufsplitterung" ihres Landes entgehen können, indem sie den Anbau kurzerhand wechseln. Nun zu Marcos. Er selbst besitzt allein in der Provinz Nueva Vizcaya 22 000 Hektar Land. Die Romualdezes (Verwandte von Frau Marcos – RM) zählen zu den größten Gutsbesitzern auf den Visayas-Inseln – namentlich auf Leyte. Mit etlichen Busenfreunden von Marcos verhält sich die Sache ebenso. Wenn er Grundbesitz beschlagnahmen ließ,



dann lediglich den seiner Gegner. Kurzum: **Das neue Gesetz hat die alten Ausbeutungsverhältnisse auf dem Lande vertieft.** Es erfüllt u.a. auch die Funktion, Großgrundbesitz ehemaliger Marcos-Gegner in sozialdemagogischer Manier zu enteignen und es an jetzige Vertraute – vorrangig Militärs – weiterzuschieben.

„Wir kämpfen bereits in Bataillonsstärke"

Frage: Eure Partei hat dieser drastischen Verschlechterung der Lebensverhältnisse auf dem Lande doch gewiß nicht mit verschränkten Armen zugesehen?

Antwort: Nein, keineswegs. Unsere Partei hat seit der Gründung um die Jahreswende 1968/69 klar gesagt, daß der Feudalismus auf dem Lande die soziale Stütze der US-imperialistischen Herrschaft über die Inseln ist und daß die bürokratischen Kapitalisten mit Marcos an der Spitze alles versuchen werden, das US-imperialistische Konzept der „Grünen Revolution" als Ausweg aus der tiefen Krise, in der sich unser Land befindet, zu preisen. Dieses Wunschdenken war und ist von Anfang an ein Kartenhaus gewesen, daß das neue „Gesetz über die Agrarreform" selbst zum Einsturz brachte. **Die Farbe unserer Revolution wird rot sein.** Zahlreiche arme Bauern, Landarbeiter und Pächter haben genau erkannt, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde sitzen. Ihr Vertrauen in uns und in die von unserer Partei befehligte „Neue Volksarmee" ist gewachsen. Diese Verbundenheit findet ihren Niederschlag in der wachsenden Kampfkraft unserer revolutionären Armee. **Waren wir vorher auf Zentralluzon beschränkt, so ist es uns seit Beginn der 70er Jahre gelungen, den Volkskrieg auf die Visayas-Inselgruppe sowie auf Mindanao auszuweiten, was Marcos großes Kopfzerbrechen bereitet.**

Frage: Wie verläuft gegenwärtig die Frontlinie auf Luzon?

Antwort: Den genauen Verlauf werden wir aus verständlichen Gründen nicht nennen können – Marcos und seine Lakaien haben gespitzte Ohren. Es ist aber kein Geheimnis, daß unsere roten Soldaten vom äußersten Nordostzipfel Luzons über die Sierra Madre (nordöstlich von Manila – RM) bis herunter in die Provinz Sorsogon operieren – erfolgreich operieren, so daß in einigen Teilen der Provinz Isabela die im Zuge des Kriegsrechts bestehenden nächtlichen Ausgangssperren schon ab acht Uhr abends für die Soldaten der reaktionären Streitkräfte gelten! Ebenfalls in dieser Provinz ist es uns gelungen, in Bataillonsstärke zu operieren und zahlreiche Feindgruppen auszuschalten. Wo wir stark sind, eröffnen wir die Offensive. Wo wir noch schwach sind, werden wir alle Regeln des defensiven Kampfes beherrschen mit dem Ziel vor Augen, aus ihm zur Offensive übergehen zu können.

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	32 m und 41 m (KW)
6.00 - 6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
21.30-22.00	41m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,30 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht	ca. 1400 KHz (MW)



Seit mehr als 12 Jahren strahlt Radio Tirana seine deutschsprachigen Sendungen aus. Damals wie heute ist es die revolutionäre Stimme des einzigen sozialistischen Senders in Europa, der uns, wie besonders auch den unter illegalen Bedingungen des Sozialfaschismus kämpfenden Genossen unserer Partei und revolutionären Arbeitern in der DDR, täglich den Weg weist, die kapitalistisch-revisionistische Welt geißelt, die größten internationalen Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegstreiber, den US-Imperialismus und russischen Sozialimperialismus, entlarvt und den Fortschritt und die Siege der marxistisch-leninistischen Bewegung, der revolutionären Kämpfe der Arbeiter und unterdrückten Völker in aller Welt propagiert und die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus gegen die revisionistischen Verdrehungen und Entstellungen verteidigt und verbreitet.

Frankreich: Verhaftungen, Ausweisungen

Hände weg von der CISNU!

Am Samstag fand in Frankfurt eine Solidaritätsdemonstration mit der CISNU, der antiimperialistischen und demokratischen Massenorganisation der iranischen Studenten statt, die in jüngster Zeit verschärften Angriffen der Imperialisten mehrerer Länder ausgesetzt ist. In einem gemeinsamen Aufruf, der von der Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin, der Revolutionären Antifaschistischen und Patriotischen Front Spaniens und der KPD/ML unterzeichnet ist, heißt es dazu unter anderem:

„Am 3. 11. 76 wurde der Chef der SAVAK-Zentrale (Iranischer Geheimdienst) in Paris durch einige Schüsse verletzt. In einer Erklärung gab die französische Organisation „Internationale Brigade Reza Rezai" zu, diese Aktion durchgeführt zu haben (FR vom 4. 11.). Die französische Regierung nahm jedoch diesen Vorfall zum Anlaß und setzte ihren lang vorbereiteten Plan gegen die Conföderation Iranischer Studenten – National Union (CISNU) in die Tat um. Eine große Hetzkampagne gegen die CISNU setzte ein. Zwei CISNU-Mitglieder, Mohamedra Takbiri und Nader Oskui, wurden wegen ‚Verdacht auf Mordversuch' verhaftet und weitere vier CISNU-Mitglieder aus Frankreich ausgewiesen. Die vier Ausgewiesenen galten als Entlastungszeugen der inhaftierten Antifaschisten. (...)

Dieser Angriff der französischen Polizei, der gemeinsam mit dem faschistischen Schah-Regime und der Mörderbande SAVAK vorbereitet wurde, geschah kurz nach der Reise Giscard d'Estaings in den Iran und nach dem Abschluß eines 60 Milliarden Franc-Vertrages über die Lieferung von Atomkraftwerken, Waffen ... zwischen dem französischen Imperialismus und dem faschistischen Schah-Regime.

Die Ereignisse nach der Verhaftung und Ausweisung der CISNU-Mitglieder in Frankreich machten bald deutlich, daß sich der Angriff auf die CISNU nicht nur auf Frankreich beschränkt. Vielmehr handelt es sich um einen Generalangriff des faschistischen Schah-Regimes und dessen imperialistischen Hintermännern für die endgültige Zerschlagung dieser Organisation. Die französische Regierung war nur der Schrittmacher bei diesem Komplott. In Houston (USA) wurden bei einer Protestdemonstration gegen die Maßnahmen der französischen Regierung 99 CISNU-Mitglieder verhaftet. Vier von ihnen wegen ‚versuchten Mordes an Polizisten'. Die US-Behörden verlangen 195 000 Dollar als Kaution für ihre Freilassung. Auch in anderen Ländern verschärfen sich die Unterdrückungsmaßnahmen der Reaktion gegen die CISNU und ihre Mitglieder. Die vier aus Frankreich ausgewiesenen CISNU-Mitglieder wurden von der westdeutschen Polizei nach Schweden abgeschoben. In der DBR steigt die Zahl der CISNU-Mitglieder, deren Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird, ständig an. Die Bundesbehörden versuchen, die CISNU als ‚kriminelle Vereinigung' abzustempeln.

Die CISNU ist die demokratische und antiimperialistische Massenorganisation der iranischen Studenten. (...) In ihrem 17jährigen Bestehen hat die CISNU wertvolle Beiträge im Kampf gegen Schah-Faschismus und Imperialismus geleistet und genießt heute in der Öffentlichkeit eine große Sympathie. Die Existenz der CISNU stand von Anfang an im krassesten Widerspruch zu den Interessen des Schah-Regimes und der internationalen Reaktion. Das Schah-Regime versucht mit allen Mitteln diese Organisation zu liquidieren. Während das Schah-Regime durch seine Mörderbanden jede demokratische Bewegung mit Waffengewalt niederschlägt (über 200 Erschießungen seit Januar 76), bespitzelt und terrorisiert ein ausgeprägtes SAVAK-Agentennetz im Ausland die fortschrittlichen oppositionellen Iraner, die CISNU und ihre Mitglieder.

Dabei leisten die imperialistischen und reaktionären Länder dem SAVAK nicht nur umfassende Unterstützung bei seiner Tätigkeit, sondern tragen selbst aktiv zur Unterdrückung der fortschrittlichen Iraner bei, denn die Imperialisten, vor allem der US-Imperialismus, sind die eigentlichen Drahtzieher des Schah-Regimes. Der faschistische Terror im Iran kommt in erster Linie ihnen zugute. Indem dieses Regime aufrechterhalten wird, ihm allseitige politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung gewährleistet wird, können die Imperialisten ihre rücksichtslose Ausplünderung des iranischen Volkes und seiner Reichtümer fortsetzen ..."

Rettet das Leben der zwei in Paris verhafteten CISNU-Mitglieder!
Kämpft gegen die Kriminalisierung der CISNU!

Brokdorf: Der Kampf geht weiter

Der Kampf gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf geht weiter. Fast 5 000 Menschen demonstrierten am 23. November in Kiel in den Straßen der Stadt. Sie waren einem Aufruf der Bürgerinitiativen, der KPD/ML und anderer Organisationen gefolgt. Erfolgreich konnte die Teilnahme der modernen Revisionisten der D„K"P an der Aktionseinheit verhindert werden. Mit einer von ihnen organisierten Spalterdemonstration brachten sie gerade 150 Menschen auf die Beine.

Die Demonstranten umzingelten den Kieler Landtag, in dem gerade eine Debatte über die Kernenergie stattfinden sollte. Das Landtagsgebäude war von einem Riesenaufgebot an Polizei und Grenzschutz abgeriegelt. Trotzdem gelang es einer Delegation der Demonstranten, dem Kieler Landtagspräsidenten eine Resolution mit der Forderung der Demonstranten nach sofortiger Einstellung des Baus des Atomkraftwerks zu überreichen. Auf einer abschließenden Kundgebung bekräftigten verschiedene Redner die Entschlossenheit der Bevölkerung, den Bau des Atomkraftwerks zu verhindern und den Kampf trotz Polizeiterror bis zu Ende zu führen.

Die Bevölkerung der Unterelbe und die Bürgerinitiativen haben inzwischen aus der ganzen Bundesrepublik und aus dem Ausland zahlreiche Solidaritätsadressen erhalten, in denen ihr gerechter Kampf unterstützt wird. Grußadressen schickten auch die Teilnehmer einer Veranstaltung der KPD/ML zum 7. Jahrestag der PAA aus Darmstadt und die Teilnehmer der Großveranstaltung der KPD/ML aus Anlaß des 7. Parteitages der PAA in Dortmund nach Brokdorf.

Interview mit Frau Woitalla

Fortsetzung von Seite 1

Stein wie ein Geschoß gekommen sein muß und die Verletzung von Bernd wurde mit der Schußverletzung von Rudi Dutschke verglichen.

RM: Am 15. 11. ist Bernd operiert worden — wie hat sich sein Zustand seitdem verändert?

Ulla: Bernd hat die Operation und die Narkose gut überstanden, war aber in den ersten Tagen noch ziemlich benommen. Er hat aber immer noch große Schwierigkeiten, komplizierte Gedankengänge auszusprechen und aufzuschreiben. Trotzdem war die ganze Zeit für ihn klar, was seine Seite ist. Er wollte heute mit uns diskutieren, ihm fehlen aber viele Worte. Er sagte z. B.: „Du weißt ...", malte ein Kernkraftwerk auf und sagte dann: „Leute, bla-bla-bla, ihr wißt!" — er meinte das Parlament. Dann malte er genau Zaun, Graben und Straße in Brokdorf auf, wo er getroffen worden ist usw. Es sind aber noch viele Lücken vorhanden; so kann er meinen Vornamen nicht behalten, schreibt oft nur Anfangsbuchstaben oder Bruchstücke auf wie „KD/ML" oder „Woi ..."

Trotzdem macht er sich viele Gedanken; so verlangte er nach den anderen drei Roten Betriebsräten, und rief, als ich ihre Vornamen nannte: „Ja, ja — wichtig, sehr wichtig!" Dann fragte er mich, ob ich zu Hause die Treppe gemacht hätte und ob ich die Nachbarn im Haus schon informiert hätte. Als ich verneinte, wurde er zornig und schimpfte.

Besonders begeistert war er von den Grüßen vom „Roten Morgen" über das Telephon. Übrigens, die Flut von Briefen, Karten, Resolutionen, Blumen an unsere Adresse reißt nicht mehr ab — hier nur einige Beispiele: Geschrieben haben **die Roten Pioniere aus Hamburg** unter anderem: *„Hoffentlich bist Du bald wieder gesund, damit Du mutig weiterkämpfen kannst."* Aus **Bochum** kam eine Karte mit einem Foto der Roten Ruhrarmee — das Bernd sehr begeistert hat. Oder hier der Brief einer **Berufsschulklasse**: *„Lieber Bernd Woitalla! Wir, Lehrlinge von der Berufsschule G5 in Hamburg, hoffen, daß Du bald wieder gesund wirst. Wir bewundern Deinen Mut und Deine Entschlossenheit. An der Spitze der 30 000 Demonstranten gegen das KKW in Brokdorf kämpftest Du in den Reihen der KPD/ML, bis Dich ein Steinwurf, aus nächster Nähe aus der Polizeibande geschmissen, lebensgefährlich verletzte. Wir wissen, daß der Kampf gegen das Atomkraftwerk gerecht ist und daß er nur zum Erfolg führt, wenn er der Gewalt des Staatsapparates die gerechte Gewalt des Volkes entgegenstellt, wie ihr das in vorderster Front gemacht habt. Es grüßen Dich ...",* und dann folgen die Unterschriften von 24 Berufsschülern.

Da fällt mir noch etwas ein: Eine Krankenschwester aus der Neurochirurgie berichtete Genossen bei der Kieler Demonstration vom 23. 11. gegen den KKW-Bau in Brokdorf und Eckernförde, daß Bernd morgens im Bett gesessen und laut die Internationale gesummt habe.

Es kommen jetzt viele Spenden aus den verschiedensten Orten, aus München, dem Ruhrgebiet usw. Wir wollen davon Bernd einen Kasettenrecorder kaufen, damit er seine ganzen alten revolutionären Lieder hören kann — das hilft ihm sicher. Den Rest sammeln wir für etwaige Rehabilitationsmaßnahmen und für die Strafprozeß- und Anwaltskosten. Ich danke der Partei und allen Freunden und Genossen für die bisherige Unterstützung und enge Anteilnahme. Ich bin sehr zuversichtlich, daß wir zusammen jedes Problem lösen werden — auch wenn es lange dauert.

RM: Genossin Ulla, wir danken Dir für das Gespräch. Dein Bericht, wie Deine und Bernds kämpferische Haltung, sind eine große Ermutigung und ein Ansporn für alle Genossen und Freunde. Bitte bestelle dem Genossen Bernd noch einmal unsere herzlichen Grüße und Wünsche für die baldige Genesung.

* * *

Als die Kollegen auf HDW von der schweren Verletzung ihres Roten Betriebsrates Bernd Woitalla hörten, waren sie über den brutalen Terror der Polizei äußerst empört. Viele Kollegen kamen zu den ihnen bekannten Genossen der Partei, um sich nach dem Befinden Bernds zu erkundigen. Einige Kollegen entschlossen sich sofort, Bernd im Krankenhaus aufzusuchen, um ihm ihre Unterstützung anzubieten. Ein Kollege sagte, er wolle Bernd besuchen, „um mich um ihn zu kümmern, wie Bernd sich auch um die Kollegen von der Gasanlage gekümmert hat". Bei der Explosion der Gasanlage war ein Kollege getötet und ein weiterer schwer verletzt worden. In der Wohnung Bernds trafen mehrere Solidaritätsbriefe von HDW-Kollegen ein. Auch aus anderen Teilen der Bundesrepublik trafen Solidaritätsbriefe und -telegramme für Bernd ein. Eine Versammlung von über 500 Atomkraftwerksgegnern in Bremen telegrafierte z. B. an Bernd: **„Lieber Freund, soeben haben wir erfahren, daß Du bei den Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk Brokdorf schwer verletzt worden bist. Deine Verletzung betrifft uns alle. Sie zeigt uns, zu welcher Brutalität die Staatsorgane entschlossen sind, um die menschenfeindlichen Atompläne gegen die Lebensinteressen der Bevölkerung durchzusetzen. Wir werden weiter Widerstand leisten müssen und wünschen Dir in diesem Sinne eine schnelle Genesung."**

Interview mit einem Arztgenossen

Fortsetzung von Seite 1

goros abgelehnt. Als wir Samstagnacht und Sonntag im Krankenhaus Wilster waren, sprachen alle von Bürgerkriegsstimmung, Zuständen wie 1933 und in Nordirland. Um alle Verletzten, egal, wie naß und verdreckt sie waren, kümmerten sich die Helfer liebevoll. Der ganze Krankenhausflur war voller Matsch und Pfützen. Es wurden Brote geschmiert, Unterkühlte in die Badewannen gelegt, Tee ausgeteilt usw. Am Sonntag und Montag begannen dann Staatsanwaltschaft und Polizei, den Chefarzt zu bearbeiten, er solle sämtliche Adressen aller ambulant Behandelten und stationär Aufgenommenen von Samstag und Sonntag angeben. Aber der Arzt berief sich auf seine Schweigepflicht und lieferte keine einzige Adresse aus.

RM: Hier zeigt sich wirklich, je mehr Unterdrückung dieser Staat hervorbringt, desto mehr Widerstand und Entschlossenheit wird ihm von allen ehrlichen Menschen aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten entgegengesetzt. Wir werden diesem Arzt und den Schwestern und DRK-Helfern unseren Dank für ihre Hilfe und unbeugsame Haltung überbringen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.
LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.
48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungzeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.
28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.
41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.
23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431/7 47 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.
24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa. 9-14 Uhr.
44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.